

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

Der Funke" erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Putschädigung.

Bezugspreis 2.- Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: P 7, Jannowitz, 5999. Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 76 B

BERLIN • Freitag, den 1 April 1932

1. JAHRGANG

Die Arbeiterschaft und der Memelkonflikt.

Brief eines litauischen Genossen.

Der Memelkonflikt ist ein Attentat gegen Euch und gegen uns litauische Arbeiter. Er fordert, daß wir unsere sozialistische Aufrichtigkeit über alle nationalistischen Zusammenstöße hinaus beweisen.

Im Friedensvertrag von Versailles blieb die Zugehörigkeit dieses kleinen vorher deutschen Gebietes unentschieden. Im Namen des Völkerbundes wurde es durch französische Truppen besetzt.

Im Januar 1923 kam das Gebiet durch einen Aufstand nach kurzem Kampf in litauische Gewalt. Es ist heute ein offenes Geheimnis, daß dieser Aufstand auch von der Regierung unterstützt worden ist. Viele aktive Offiziere nahmen daran teil und die Wehrorganisation „Sziauliai“. Das ist eine Wehrorganisation ähnlich wie der „Stahlhelm“. In ihr wird die litauische Jugend militärisch erzogen. Anfangs war sie überparteilich, heute ist sie ausgesprochen faschistisch. Die litauische Regierung versuchte, die Unterstützung des Aufstandes abzuleugnen; Tatsache aber ist, daß die Teilnehmer des Aufstandes Privilegien und Orden erhielten.

Der Aufstand wurde geplant und ausgeführt hauptsächlich aus wirtschaftlichen Gründen. Ohne Hafen ist Litauen wirtschaftlich von der Welt abgeschnitten. Es wäre nach allen Seiten von seinen großen Nachbarn abhängig. Und für einen Nationalisten ist jeder Nachbar ein lauernder Wolf!

Der jetzige Zustand der litauischen Wirtschaft rechtfertigt diese wirtschaftlichen Gründe. Aus der Außenhandelsstatistik geht klar hervor, daß Litauen mit dem Weltmarkt fast nur über den Memeler Hafen in Verbindung steht. Ohne diesen Hafen könnte Litauen in der jetzigen Krisenzeit fast nicht existieren. (Andererseits ist infolge der litauisch-polnischen Feindschaft der Verkehr auf der Memel vollständig lahmgelegt worden. Dadurch ist einer der wichtigsten Wirtschaftszweige des Memelgebietes, der Holzhandel und die Holzverarbeitung, fast völlig vernichtet. Der Uebersetzer.)

In den Jauartagen von 1923 veranstalteten die Agenten der Regierung überall Volksversammlungen; mit großem Pomp wurde überall berichtet, daß Klein-Litauen (wie das Memelgebiet hier genannt wird) dank Gott und dem Schwerte nun aus jahrhundertelanger deutscher Knechtschaft zur Mutter Groß-Litauen zurückgekehrt sei. In diesen Jauartagen ließ die klerikale Regierung fast jeden Tag einen Revolutionär durch den Strick, den Elektrischen Stuhl oder die Kugel hinrichten. — Aber das Volk kam, hörte und glaubte. Es wußte damals noch nicht, was es heute nach fünf Jahren faschistischer Herrschaft weiß.

Litauen erhielt das Memelgebiet vom Völkerbund nur unter einer Reihe von Verpflichtungen. Im Memel-Statut wurde eine sehr weitgehende kulturelle und politische Autonomie verbürgt, Unabhängigkeit der dortigen sozialen und politischen Einrichtungen. An dem Bestand der dortigen Gesetze wurde fast nichts geändert. Die litauische Regierung erhielt nur die oberste Zivil- und Militärgewalt über das Memelgebiet und die Verfügungsgewalt über den Memeler Hafen.

Schon im gleichen Jahr zeigten die Landtagswahlen, daß das Memelgebiet durchaus nicht so denkt, wie es die Regierungs-Agenten geschildert hatten. Die nationalen deutschen Parteien (Volks- und Wirtschaftspartei), in sozialer Hinsicht beide Stützpunkte der Großgrundbesitzer, erhielten die Mehrheit. Die litauischen Listen erhielten nur 3 bis 5 Mandate. So blieb es auch bei den folgenden Wahlen.

Sicher hätte die litauische Regierung gern schon damals, nach zwei bis drei Monaten, das unternommen, was sie jetzt, 1932, tat. Aber sie wagte es nicht. Die damalige klerikale Regierung setzte sich aus vielen Parteien zusammen, mußte die demokratisch-parlamentarische Maske wahren; außerdem waren die Beziehungen zu Polen sehr gespannt.

So blieb es bis zum Jahre 1926. In den damaligen großlitauischen Wahlen errangen die Sozialdemokraten und Volkssozialisten die Mehrheit. Die Volkssozialisten bildeten von Juli bis Dezember die Regierung unter Dr. K. GRINYS. Diese Regierung bemühte sich, innere Reformen durchzusetzen: Den Großgrundbesitz aufzuteilen, den Klerikalismus aus den Schulen zu verdrängen, den Belagerungszustand aufzuheben. Am 17. Dezember 1926 machten die reaktionären Offiziere mit Hilfe der klerikalen Partei und der ehemaligen Gutsbesitzer einen Staatsstreich und stürzten die demokratische Regierung.

Die litauische Arbeiterschaft durchlebte jetzt Tage, die sich deutsche Arbeiter, wie ich glaube, kaum vorstellen

Mussolinis Klassenjustiz.

M. O. Den „Mitteilungen über die Lage der politischen Gefangenen“ (Herausgeber: die von der Sozialistischen Arbeiter-Internationale eingesetzte Untersuchungskommission), vom 19. März 1932, entnehmen wir folgenden Bericht:

„Mussolinis politische Justiz.“

Im zweiten Halbjahr 1931 — meldet der „Südtiroler“ — hat das faschistische Sondergericht mit der größten Intensität gearbeitet. Die Prozesse fanden in einem Zeitraum von ungefähr vier Monaten statt, und sowohl an der Zahl der Urteile, wie auch an der Zahl der auferlegten Gefängnisjahre ist schon zu ersehen, welches hohe Tempo die Tätigkeit des Gerichtes eingeschlagen hat.

Nachfolgend ein Bild der Prozesse und der Urteile: Prozesse 39; Angeklagte 274; Freigesprochene 65; Verurteilte 209; verhängte Strafen 865 Jahre, 9 Monate, 4 Tage.

Auf der anderen Seite haben vor den ordentlichen Gerichten und den Schwurgerichten folgende politische Prozesse stattgefunden: Prozesse 12 (davon 4 Mafia-Prozesse); Angeklagte 335; Freigesprochene 117; Verurteilte 218; ausgesprochene Strafen 1034 Jahre und 16 Tage. Die sogenannten sizilianischen Mafia-Prozesse sind natürlich die bedeutendsten und brachten für sich allein 212 Angeklagte; 76 Freigesprochene; 136 Verurteilte mit 394 Gefängnisjahren.

Zusammengenommen zeigen das Sondergericht und die ordentlichen Gerichte die folgende wahrhaft eindrucksvolle Bilanz: Prozesse 51; Angeklagte 609; Freigesprochene 182; Verurteilte 427; verhängte Strafen 1899 Jahre, 9 Monate und 20 Tage.

Es ist überflüssig zu erinnern, daß die Freisprechungen eine grausame Ironie im faschistischen Regime sind. Tatsächlich werden die „Freigesprochenen“ fast sämtlich nach den Verbannunginseln verschickt.

Ueber das Leben der Verbannten haben wir im „Funken“ schon berichtet. Sie bekommen kaum genügend Geld, um das allernötigste zum Leben zu kaufen. Die „Mitteilungen“ be-

AUS DEM INHALT:

Parteitag der SAP.
Der Krieg gegen Hilflose.
Groener berichtet weiter.
Neue Pläne für faschistische Gewerkschaften.
Forderungen des Reichverbandes der deutschen Industrie.
Maschinenstürmer.

richten: ... Dabei sind die Kinder unterernährt, mit Lumpen bekleidet, ohne Schuhe. Die Frauen nähen ihnen aus alten Säcken und aus Lumpen, die sie im Kehricht finden, etwas, das ein Kleidungsstück ersetzt.“

Haben die Deportierten ihre Strafzeit abgesehen, so besteht keinerlei Gewähr, daß sie tatsächlich freigelassen werden.

„CARLO SILVESTRI vom „Corriere della Sera“, DOMENICO VIOTTO und viele andere haben ihre Zeit abgebußt und werden doch auf den Inseln behalten. Auf ihren Einspruch sagt man ihnen, daß die im Gefängnis verbrachten Wochen abgezogen würden ... Vielen gibt man überhaupt keine Erklärung dafür, warum sie nach Ablauf ihrer drei oder fünf Jahre nicht in Freiheit gesetzt werden. Andere läßt man wohl frei, verschickt sie aber nach wenigen Wochen von neuem. So den Genossen GIUSEPPE BENTIVOGLI, den tapferen Gewerkschaftsführer von Molinella. Aus der Verschickung ging er nach Molinella zurück und fing einen Verkauf von Zweirädern an; ein Faschist, der in demselben Fach arbeitet, sorgte für die schleunige Rückkehr des staatsgefährlichen Konkurrenten auf die Inseln. Auch der Ingenieur ROMITA, kommunistischer Abgeordneter, hat nur wenige Wochen Zwischenraum zwischen zwei Deportationen genossen.“

Ausnahmezustand im Streikrevier.

Zusammenstöße mit der Polizei. — Die Regierung greift ein.

Im ganzen Streikgebiet kam es zu neuen Zusammenstößen zwischen der Gendarmerie und der Menge. Zahlreiche Verhaftungen wurden überall vorgenommen. Ein Schacht, der das große Ueberlandwerk in Nordböhmen mit Kohlen beliefert, arbeitet nur unter polizeilicher Bewachung. Ueber das ganze Revier ist der Ausnahmezustand verhängt worden. Der Ausschank geistiger Getränke ist untersagt worden. Die Polizeistunde wurde auf abends 9 Uhr festgesetzt.

Die Hauptstreikleitung hat beschlossen, für die Industrie keine Kohlen zu liefern. Das Prager Elektrizitätswerk, von dem noch vor wenigen Tagen gemeldet wurde, daß es für Wochen mit Kohlen versorgt sei, hat bei dem Streikausschuß in Brüx um Zuweisung von 100 Waggons Kohlen ersucht, da die Gesellschaft, die dem Elektrizitätswerk sonst Kohlen zuweist, die Lieferung verweigert hat.

Um 7 Uhr abends erschien der Arbeitsminister DOSTALEK im Abgeordnetenhaus. Er gab bekannt, daß ein Erlaß des Arbeitsministeriums der Brüxer Kohlengesellschaft und den nordböhmischen Kohlenbetrieben aufgetragen habe, die aus-

gesprochenen Kündigungen unverzüglich zu widerrufen. Die Generaldirektion der Gruben hat erklärt, daß sie sich der Entscheidung füge. Ob der Streik dadurch beigelegt werden kann, bleibt abzuwarten.

Wiederaufnahmeverfahren für Bullerjahn.

h Berlin, 30. März.

Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts hat unter Mitwirkung des Senatspräsidenten BÜNGER beschlossen, die Wiederaufnahme und Erneuerung der Hauptverhandlung gegen BULLERJAHN anzuordnen.

BULLERJAHN war am 11. Dezember 1925 vom 4. Strafsenat des Reichsgerichts zu fünfzehn Jahren Zuchthaus wegen Landesverrats verurteilt worden. Davon hat BULLERJAHN sechs Jahre verbüßt. Zur Vorbereitung seines Wiederaufnahmeverfahrens wurde er bereits vor fast einem Jahr aus der Haft entlassen.

können. Dauernde Provokationen, Massenverhaftungen und Verurteilungen; Hunderte mußten auswandern.

In diesen Tagen erfuhren wir Litauer, welche Freiheit die Autonomie für die Memelländer bedeutet. In dieser Zeit, wo die litauischen Militärgerichte Tag und Nacht schwitzten, die politische Polizei Anklagen gegen Kommunisten und Sozialdemokraten provozierte, während innerhalb dreier Jahre mehr als hundert Genossen wegen ihrer Gegnerschaft gegen die Faschisten hingerichtet wurden, — in diesen Tagen konnten im Memelgebiet die kommunistischen und sozialdemokratischen Organisationen fast unbehindert arbeiten. Während sich am 1. Mai die Gefängnisse in Kowno jedes Jahr mit Verhafteten füllten, konnten die Arbeiter im Memelgebiet, und auch die dort wohnenden litauischen, unbehindert zusammenkommen und feiern.

In diesen Tagen bewiesen die memelländischen Genossen ihren Gesinnungsfreunden in Groß-Litauen ihre Hilfe. Wenn diese nicht ausreichte und nicht mehr in die Wagschale fiel, ist das nicht ihre Schuld, sondern die des allgemeinen Mangels an internationaler Solidarität.

In Litauen gibt es keine Zivilehe. Sich verheiraten kann man nur in den Kirchen (den katholischen, orthodoxen oder jüdischen) und durch den Segen des Pastors, den dieser gegen 100 Lit (40 Mark) erteilt. Ein großer Teil der linken litauischen Jugendlichen wanderte also ins Memelgebiet, wohnte dort einige Wochen, ließ sich zivil trauen und konnte so den Pastor vermeiden.

Litauische Arbeiter, die ins Memelgebiet wanderten, trafen dort viel bessere Arbeitsbedingungen als im allgemeinen in Litauen: höhere Löhne, in den Fabriken und auf

den Gutshöfen; Streikrecht. Versicherungskassen, alle Erwerbseigenschaften der langen Kämpfe der deutschen Arbeiter gegen die Unternehmer.

Mit einem Satz: die Autonomie des Memelgebietes war ein Segen für das ganze linke Litauen.

Spötter sagen, die litauischen Diktatoren seien immer nur Nachahmer gewesen. 1925 machte JOSEF PILSUDSKI seinen Staatsstreich in Polen. Nach einem Jahre ahmten die litauischen Reaktionäre sein Beispiel nach. — Anfang 1932 spuckte der japanische Imperialismus dem Völkerbund ins bleiche Antlitz und marschierte in die Mandschurei ein. Nach zwei, drei Monaten taten die litauischen Diktatoren das gleiche.

Warum erst jetzt?

In den letzten Jahren verloren die litauischen Arbeitermassen, die linken Intellektuellen und die Bauernschaft die aktivsten Mitkämpfer in ihren Reihen. Eine große Menge Proletarier mußte nach Argentinien, Brasilien und Kanada auswandern, ihre Häuser aufgeben, ihren Boden den Großgrundbesitzern preisgeben, Pastoren, Offiziere, gewesenen und augenblicklichen Ministern. Die ehemaligen demokratischen Volkssozialisten und ein (wenn auch kleiner) Teil der sozialdemokratischen Führer verriet die Arbeiterschaft. Die Front der Arbeiterschaft ist also gebrochen. Die Regierung hat freie Hände bekommen. In der Innenpolitik schützt sie von neuem die Gutsbesitzer, treibt durch Steuern die kleinen Bauern zum Bankrott, schenkt den früheren Gutsbesitzern große Geldsummen und andere Werte (Wälder u. s. w.) als Entschädigung für die Wegnahme der Güter und umschmeichelt mit allen Mitteln die Offiziersclique.

Auf der anderen Seite versucht die Regierung durch chauvinistische Agitation die Unzufriedenheit im Innern abzulenken. Das ist der Grund für den jetzigen Angriff auf die Memeler Autonomie.

Regierungsagenten versuchen im Memelgebiet die litauischen und deutschen Arbeiter gegeneinander aufzuspüren. Schon haben im Memelgebiet nationalistische Zusammenstöße zwischen litauischen und deutschen Arbeitern stattgefunden. Trotzdem hoffen wir, daß die Bemühungen dieser Agenten fruchtlos bleiben werden. Wir vertrauen auf das Klassenbewußtsein der deutschen und litauischen Arbeiterschaft im Memelland.

Wegen einer Bagatelle hat die litauische Regierung die Mitglieder des memelländischen Direktoriums verhaftet. Die deutsche Presse erhebt ein großes Geschrei. Alle, die aus HUGENBERGS und HITLERS Taschen gespielt werden, schreien wegen der Gefahr, die der memelländischen Autonomie von seiten Litauens droht. Die sozialdemokratische Presse folgt dem Beispiel der Chauvinisten.

Die litauische Presse antwortet durch Alarm. Alle klerikalen, faschistischen und sogenannten demokratischen Zeitungen bilden darin eine einzige Familie. Sie vernebeln ihren Lesern die Augen durch Hinweis darauf, wie 1918 deutsche Soldaten Hab und Gut geraubt, gestohlen, Brot beschlagnahmt und Frauen vergewaltigt haben. Sie schreien: „Bereitet den Deutschen ein zweites Tannenberg!“ „Fort mit der deutschen Sprache aus den litauischen Schulen!“ Statt dessen soll die französische eingeführt werden.

Als Folge dieser Agitation wurde wieder eine geheime Mobilisation der Organisation „Szaulia“ angeordnet. Alarmzeichen wurden gegeben, Waffen verteilt, die Ortsgruppen warteten nur noch auf die Automobile, um ins Memelgebiet zu fahren. Aber in letzter Minute wurde alles abgeblasen.

Wie verhalten sich die litauischen Sozialisten?

Die Litauische Sozialdemokratische Partei, die bis jetzt in der antifaschistischen Front aufrichtig mitgekämpft hat, hat sich nicht von nationalsozialistischen Äußerungen freigehalten. — Noch in diesem Jahr sprach auf einer litauischen sozialdemokratischen Konferenz CRISPIEN viel über internationale sozialistische Solidarität. Die Tatsachen beweisen, daß diese Solidarität besonders unter Sozialdemokraten verschiedener Nationen nicht fest steht.

Eine andere Meinung vertritt die verbotene litauische Kommunistische Partei. Schon bei dem Handstreich 1923

Turati gestorben.

FILIPPO TURATI ist in Paris im Alter von 75 Jahren gestorben. Er hat in Italien dem wissenschaftlichen Sozialismus den Weg gebahnt und die sozialdemokratische Partei von 1895 an bis zum Oktober 1922 im Parlament vertreten.

Durch MUSSOLINI bedroht, flüchtete TURATI 1926 nach Paris, wo er der Mittelpunkt der italienischen sozialistischen Emigranten war.

Tardieu in London.

in London, 31. März.

Nach Meldungen des politischen Korrespondenten der „Daily Mail“ wird TARDIEU am Sonntag nachmittag in London eintreffen und dann sofort eine Aussprache mit MACDONALD haben. Die Zeit bis zum Montagabend, an dem TARDIEU wieder abfährt, ist mit Besprechungen und Festessen besetzt.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ meldet, die englische Regierung habe ursprünglich den 6. oder 7. April als Zeitpunkt für die Zusammenkunft der Vertreter der vier an der Donaufrage interessierten Großmächte vorgesehen und hoffe noch immer, daß die Konferenz in der nächsten Woche zustande kommen werde. Sollten die deutschen oder die italienischen Minister Wert auf vorherige private Besprechungen mit ihren englischen Kollegen legen, so würde ihnen sicherlich Gelegenheit dazu gegeben werden.

PERTINAX gibt im „Daily Telegraph“ zu verstehen, daß der oben genannte Zeitpunkt TARDIEU nicht passe, da er schon am 10. April nach Genf müsse und daher „keine Zeit mehr zu Höflichkeiten habe“.

Ihre eigenen Interessen.

Wirtschaftskonferenzen der südlichen Donauländer.

in Bukarest, 30. März.

In Bukarest findet vom 15. bis 17. April eine Wirtschaftskonferenz zwischen Südslawien, Bulgarien und Rumänien statt. Ungarn, das auch eingeladen worden sein soll, hat angeblich abgesagt. Gegenstand der Beratung ist die Schaffung gemeinsamer Verkaufsorganisationen für landwirtschaftliche Erzeugnisse, um das zu erwartende russische Getreidedumping wirksam bekämpfen zu können.

Oesterreichische Handelsverträge.

in Wien, 30. März.

Der österreichische Nationalrat beschloß, den Handelsvertrag mit Ungarn am 1. April zum 1. Juli 1932 zu kündigen. Verhandlungen über einen neuen Handelsvertrag sollen ungesäumt angebahnt werden. Durch einen weiteren Beschluß des Ministerrats wird das Zusatzübereinkommen zum italieni-

schrieb sie: „Der Handstreich ist ein imperialistischer Akt der litauischen Bourgeoisie, bedeutet neue Leiden für die memelländischen Arbeiter und verschärfte Knechtschaft für die litauischen Genossen.“ Aber die Partei ist ohnmächtig!

Genossen! Wir litauischen Genossen weinen nicht um die Amtsenthebung der Direktoriumsmitglieder. Das ist nebensächlich für uns. Aber wenn der Faschismus die soziale, kulturelle und politische Autonomie des Memelgebietes angreift, sehen wir darin einen Angriff auch auf uns selber, auf die ganze Arbeiterschaft.

Mit größter Aufmerksamkeit verfolgen wir Euren Kampf gegen die HITLER-Banden. Wir freuen uns, daß die Frage der Einheitsfront der Arbeiterschaft bei Euren Forderungen den ersten Platz einnimmt. Unser Kampf gegen Klerikalismus, faschistische Diktatur, gegen Beseitigung der memelländischen Rechte sind gleiche Ziele für Euch wie für uns. Wir machen in diesem Kampf nicht Halt an den Staatsgrenzen, wir wollen eine Einheitsfront gegen die schwarze Reaktion, eine einzige Front der Arbeiterwelt. In diesem Kampf geben wir litauischen Genossen Euch aufrichtig die Hand.

Nach zwei Minuten ist er vereidigter Ministerpräsident von Frankreich. Fünfzehn abgedankte Minister erheben sich von ihren weichen Polstern.

„Abmarsch ins Privatleben?“ höhnt Brandt zornig. „Irrtum, meine Herren! Meine erste Regierungshandlung ist die, das bisherige Kabinett für verhaftet zu erklären.“

Fünfzehn graue Gesichter schweigen oder schreien ihn an. „Sie werden sich alle vor einem Volksgerichtshof verantworten, den ich und nur-ich einsetzen werde! — Bitte mich zu begleiten, General Audinot . . .!“

XXV.

In dieser Nacht stieg in Europa die Fieberkurve zu lähmender Höhe. Revolution in Frankreich! Das Radiomanifest der Rhée Landrux hatte unbeschreibliche Panik hervorgerufen. Keiner kam auf die Vermutung, daß eine Mystifikation vorliegen könnte. Vor den Augen des erschreckten Erdteils stand jetzt Léon Brandt maskenlos und mit unverhülltem Pferdefuß.

In Berlin schlug die Stimmung auf Kommando um. Bis gegen Abend hatten nationalistische Strömungen Oberwasser gehabt: Frankreich in schwerer Bedrängnis! — den deutschen Chauvinisten schwoll der Kamm. Ausgleichende Gerechtigkeit! — frohlockten diese Kreise. Die meisten Deutschen freilich sahen in Frankreichs Sorgen ihre eigenen. — Gegen Mitternacht veränderte Berlin sein Gesicht. Die Heere der Proletarier wuchsen auf, die innere Stadt glich einem Heerlager; neben der Polizei war jetzt auch Reichswehr aufgebildet. Unter den Linden, in der Wilhelmstraße, am Potsdamer Platz mischten sich in die Hochrufe auf den Franzosen Brandt, den vermeintlichen Führer der Revolution, der brausende Gesang der Internationale. An zahlreichen Punkten kam es zu schweren Zusammenstößen. Im Reichskanzlerpalais berieten die Minister. — Zwölf Uhr fünfundvierzig nachts drohte der Vulkan auszubrechen: Capponis Kriegsansage an Paris! „Nieder mit Capponi! Hoch Brandt! Hoch die Weltrevolution!“ — Eine halbe Stunde später verkündete die Regierung den Belagerungszustand. Als Antwort erfolgte ein Sturm auf die Reichsbank, der blutig abgeschlagen wurde. — Kurz nach ein Uhr erbehte die Riesenstadt unter einer neuen Alarmnachricht: In Warschau sei die Sowjetrepublik ausgerufen worden! — „Russen rücken in Polen ein!“ Es

schen Handelsvertrag und die Verlängerung des modus vivendi mit Rumänien genehmigt, und dem Hauptausschuß zur Erteilung seiner Zustimmung vorgelegt werden.

Diese Zusätze zum Handelsvertrag mit Italien geben dem Handelsvertrag, wie von maßgebender Seite versichert wird, tatsächlich den Charakter eines Präferenzvertrages. Österreich gewährt Italien die zollbegünstigte Einfuhr von 125 000 Hektoliter Wein zum Vertragssatz von 135 Goldkronen, was bei jedoch Italien im Wege des Abrechnungsverfahrens fünf Goldkronen vergütet werden. Italien wiederum begünstigt die österreichische Holzexport durch Gewährung eines größeren Kontingents. Außerdem soll eine Rückvergütung vereinbart worden sein, die infolge der Umrechnung der Kurse sogar den Zollsatz übersteigt. Bemerkenswert erscheint es auch, daß in dem österreichisch-französischen Vertrag die österreichische Holzexportkontingent aufrecht erhalten bleibt, obwohl es bei den anderen Staaten um die Hälfte gekürzt worden ist.

Freihandelskonferenz in London.

in London, 31. März.

Am 1. April wird die Internationale Freihandelskonferenz in London stattfinden. Die Besprechungen werden möglicherweise auch noch auf den nächsten Tag ausgedehnt werden. Unter den ausländischen Gästen befinden sich u. a. der Sekretär der Berliner Handelskammer, DEMUTH, und der französische GOBIET, von der französischen Gesellschaft für Wirtschaftspolitik.

USA vor Etatschwierigkeiten.

in Washington, 29. März.

Nach wochenlangem Hin und Her, wobei alle Parteien im Hinblick auf die Herbstwahlen sich scheuten, die erforderlichen Steuern zu befürworten, richtete der Sprecher GARNER (der Präsident des Hauses) einen dringenden Appell an das Repräsentantenhaus, in dem er erklärte, falls der Haushalt nicht umgehend ausgeglichen werde, würden die Vereinigten Staaten einer unvergleichbaren Finanzpanik gegenüberstehen. Der Budgetausschuß hat eine Vorlage eingebracht, die Steuern in Höhe von 1261 Millionen Dollar vorsieht. Unter den neuen Steuern sind solche für Transaktionen an der Wertpapierbörse vorgesehen und eine neu gestaffelte Einkommensteuer von Unternehmungen. An den Patriotismus appellierend, forderte sodann GARNER diejenigen Mitglieder des Repräsentantenhauses auf, sich zu erheben, die auf jeden Fall bereit seien, den Haushalt auszugleichen. Bis auf 20 Mitglieder standen alle auf. Die Tribünenbesucher brachen in einen ungeheuren Tumult aus.

Neue Verhetzungsversuche im Memelland.

in Memel, 30. März.

Eine reichlich dunkle Angelegenheit ist die Verhaftung des Reichsdeutschen BECKERS, der von den litauischen Behörden der Spionage und des Versuchs zur Stiftung von Unruhen im Memelgebiet beschuldigt wird. In Kowno wird der Angelegenheit eine außerordentliche Rolle beigegeben, während die deutsche Rechtsprelle dafür eintritt, daß es sich bei BECKERS um einen Lockspitzel im Dienst der Litauer handelt, zu dem Zweck, in der Wahlzeit Handhaben gegen das Deutschland zu bieten. Unser heutiger Leitartikel zeigt, wie wenig alle diese Machenschaften mit dem Interesse der Bevölkerung, vor allem der Arbeiterschaft, zu tun haben.

Hakenkreuze verboten.

Aus der Tschechoslowakei.

in Prag, 30. März.

Die meisten Bezirkshauptmannschaften im sudeten-deutschen Gebiet veröffentlichten nunmehr die Verfügung, wonach das Tragen von Hakenkreuzen als Abzeichen oder jedes Zur-Schau-Tragen von Hakenkreuzen auch in anderer Form verboten wird. Die Überschreitung des Verbotes wird mit Geldstrafen bis zu 5000 Kronen oder mit Arrest bis 14 Tagen bestraft.

WAHN-EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Fackelreiter-Verlag, Berlin

(75. Fortsetzung.)

Audinot zerschneidet die Stille. „In einer Stunde kann das Bombardement von Lyon gemeldet werden! Drei Stunden später muß mit Luftangriffen auf Paris gerechnet werden! Wird der Mobilisierungsbefehl unterschrieben, Herr Präsident?“

„Mobilisierung!“ ruft Brandt dazwischen. „Zwei Millionen Kommunisten wollen Sie bewaffnen? Wollen Sie Ihre Henker austrüsten!“

„Wir können doch nicht billiger Fraß für die Italiener sein!“ brüllt Humette.

Brandt tritt an den Generalstabschef heran. „Wie lange kann unsere aktive Armee, die Sie zum Teil bereits an unserer Alpengrenze konzentriert haben, in Verbindung mit unserer ständigen Befestigung einem feindlichen Angriff standhalten?“ Brandt hat schon den Ton des kommenden Regierungschefs.

„Wochenlang. Auch monatelang“, versetzt Audinot. „Mit einem planmäßigen Angriff der italienischen Heeresmasse ist erst nach mehreren Tagen zu rechnen. Die Alpen werden von den Gegnern überhaupt nicht durchbrochen werden, weder heute noch in einem Jahr. Zudem ist die Angriffskraft des italienischen Soldaten sehr mäßig. Ich setze bei meiner Darlegung voraus, daß die aktive Armee moralisch intakt ist und intakt bleibt!“

Brandt steht mit arbeitendem Gehirn. Dann bricht seine ganze Erbitterung aus ihm heraus: „Ich hetze den ganzen Erdteil auf Capponi! Zwei, drei Wochen genügen, ihn zu vernichten! Sein eigenes Volk muß ihn stürzen! Keine Hand darf dem Friedensstörer auch nur einen Bissen Brot über die Grehze reichen! Meine ‚Union‘ wird für die Verfeinerung jedes Kriegsmachers sorgen! Jawohl, Herr Lamoiné, ich übernehme die Regierung.“

war ein Warschauer Funkspruch aufgefangen worden. Die Revolutionäre behaupteten, die polnische Diktatur gestürzt zu haben, sie forderten in ihrem Funkspruch nach Moskau das Einrücken der brüderlichen Sowjetarmee, um das begonnene Werk der Bolschewisierung Polens zu vollenden.

Zwanzig Minuten später brachte ein Pariser Funkspruch einen Rückschlag. „Ich habe die Regierung ordnungsmäßig übernommen“, meldete Léon Brandt. „Der in meinem Namen durch Radio Eiffelturm verbreitete Revolutionsaufruf ist eine niederträchtige Fälschung radikaler Elemente. Die Kriegserklärung Italiens ist ein verbrecherischer Akt an Frankreich, an Europa! Vierzig Millionen Franzosen verteidigen die französische Erde bis zum letzten Atemzug, aber unsere Heere werden nicht einen Schritt über die Grenzen marschieren. Ich appelliere an die Völker der Erde. Helft, daß der Krieg ohne Verzug erdrosselt wird! Erbarmungsloser Boykott gegen den Angreifer! Völker, zwingt eure Regierungen, die Verfeinerung der angreifenden Regierung auszusprechen! Schon ist die italienische Luftflotte in Marsch gesetzt. Die Riviera gleicht schon in dieser Stunde einem grauenvollen Friedhof. Nizza ist eine tote Stadt, Marseille stirbt unter Ruinen. Bei Anbruch des Morgens werden Hunderttausende friedlicher Franzosen erschlagen und von Giftgasen erstickt unter Trümmern liegen. Unsere Fliegergeschwader müssen mit blutendem Herzen ihre Pflicht tun und das blühende Italien verwüsten. Solange das italienische Volk den vom Zaun gebrochenen Krieg guthießt, verdient es keine Schonung! Das französische Volk hat unter meiner Verantwortung heroische Opfer für den Frieden gebracht; es hat sich nicht vor Selbstzerfleischung gescheut um des höchsten Zieles willen: Frieden! Jetzt, Völker der Erde, kämpft unseren Kampf mit! Ich klage Europas Führer an, die furchtbare Gegenwart in gewissenloser Weise mitverschuldet zu haben! Leute der ‚Union‘! — steht Schulter an Schulter! Eurer Macht ist keine Regierung der Erde gewachsen! Italiener, werft die Waffen fort! Verweigert den Gehorsam zum Mord! Engländer, euro Schiffe zur Blockade vor die italienischen Küsten! Oesterreicher, sperrt die Alpenpässe! Der Friedensbrecher muß in seiner umlagerten Festung zugrunde gehen!“

Frankreichs Unglück ist Europas Unglück! Ich rufe euch, Völker der Welt! — Léon Brandt.“

(Fortsetzung folgt.)

Neue Pläne für faschistische Gewerkschaften.

Ein Geheim-Rundschreiben.

W—er. Der „Freien Presse“ (Wuppertal) entnommen wir mit einigen Kürzungen die nachfolgenden Stellen aus einem Rundschreiben des Sozialdirektors der Guten-Hoffnungshütte in Oberhausen, Oberst v. GILSA.

Sie zeigen nicht nur, wie gerissen die Sozialreaktion daran geht, nach und nach die Arbeiter um alle noch bestehenden Rechte zu betrügen: das Eigentum am Betrieb den Unternehmern zu garantieren, die Verluste auf die „Werksgemeinschaft“ abzuwälzen — sie zeigen auch, wo die Gewerkschaften anzusetzen haben, um den Unternehmern und ihren Beauftragten das Wasser abzugraben beim Versuch der Bildung der „neuen Gemeinschaft“.

Dazu gehört besonders der Kampf gegen die nationale Phrase. Sie ist bis weit in die Reihen der freien Gewerkschaften hineingedrungen und bahnt der Ideologie der Werksgemeinschaft den Weg. Es muß wieder gedankliches Gemeingut aller Gewerkschaftskollegen werden, daß es nur die Gemeinschaft der Kollegen gibt, und daß sie, wo sie noch nicht besteht, hergestellt zu werden verdient, und daß alle sonstigen Gemeinschaften, mögen sie Volks-, Werks- oder sonstige Gemeinschaften zu sein vorgeben, von der Arbeiterschaft beiseite geschoben werden müssen, wenn sie ihrer eigenen Befreiung nicht selber ein Bein stellen will.

Dieses Gefühl der Verbundenheit der Kollegen, dieses Gefühl der Klassenverbundenheit aber wird durch nichts so sehr gefestigt, wie durch Kämpfe der Kollegen gegen die andere Klasse, durch gewerkschaftliche und andere Kämpfe. Hier müssen die Gewerkschaften ihren Mann stehen, dann kann die Reaktion mit so plumpen Manövern, wie denen GILSAs, nichts ausrichten.

„Wir aber, die wir wissen, daß diese (sozialistischen) Lehren gefährliche Irrlehren sind, müssen uns deshalb klar darüber sein, daß wir die Masse der deutschen Arbeiter von diesen verderblichen Vorstellungen nur abbringen können, wenn wir neue Wege zeigen, die einerseits die berechtigten Ansprüche der Arbeitnehmer auf auskömmliche und tragbare materielle Arbeitsbedingungen sichern, die daneben aber auch eine neue Idee darstellen, die der alten falschen Idee des Sozialismus zunächst mindestens gleichwertig, im Laufe der Zeit aber überlegen ist.“

Diesen Weg und diese Idee sehe ich in der Werksgemeinschaft und in der Berufsgemeinschaft, besser eigentlich Berufsstandesgemeinschaft.

Das Ideenmäßige des neuen Weges besteht darin, daß das alte Zusammengehörigkeitsgefühl der an verschiedener Stelle in der Wirtschaft stehenden Personen wieder hergestellt wird.

Das bedingt eine völlige geistige Umstellung vieler deutscher Menschen. Bei der ungeheuren Verhetzung zwischen den jetzt bestehenden Klassen könnte man an dem Versuch solcher Umstellung verzweifeln, wenn nicht zwei Tatsachen vorhanden wären, die eine gewisse Hoffnung auf Erfolg bestärken. Einmal haben viele unserer Arbeitnehmer, hervorgerufen durch die Not unserer Tage, die Überzeugung, daß die ihnen jahrelang von ihren Gewerkschaften und politischen Führern geprägten Theorien doch vielleicht falsch sein könnten. Zum anderen erwacht in immer breiteren Schichten unseres deutschen Volkes das Nationalgefühl wieder, das sich auch sehr stark in einem engen kameradschaftlichen Zusammengehörigkeitsgefühl äußert.

Um dies zu erreichen, sind neue Formen und neue Wege unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik notwendig. Die Gemeinschaftsgesinnung entsteht am besten im einzelnen Betriebe, wo die Berührung aller zum Werke Gehörigen am unmittelbarsten und persönlichsten ist, und wo andererseits sich am deutlichsten zeigt, daß der Erfolg oder Mißerfolg des

ganzen Betriebes bestimmend ist für das Schicksal aller in ihm Arbeitenden. Diese anzustrebende Werksgemeinschaft ist nicht etwa der alte „Werkverein“ von früher, der sich gern „wirtschaftsfriedlich“ nannte, von den anderen Arbeitskollegen indes als — gelb beschimpft wurde. Ich halte es für völlig unmöglich, derartige Werkvereine zur Lösung der uns bevorstehenden sozialen Aufgaben wieder neu ins Leben rufen zu wollen. Wir kennen solche „Wirtschaftsfriedlichen“ jetzt zur Genüge. Wir würden uns unsere Arbeit bis zur Unmöglichkeit erschweren, wenn wir wieder ein derartiges Gebilde schaffen wollten, das die anderen Arbeiter mit Recht als „gelb“ bezeichnen könnten. „Der ist ein Gelber“, ist die größte Beschimpfung, die man in Arbeiterkreisen gebrauchen kann. Wer täglich mit den Arbeitern in Berührung kommt, weiß das, er weiß deshalb auch, daß eine als gelb bezeichnete Bewegung niemals einen sehr großen Anhang unter unseren Arbeitern erreichen kann, wie wir dies für unsere Zwecke nötig haben.

Die Werksgemeinschaft ist vielmehr die auf gegenseitigem Vertrauen beruhende vertikale Zusammenfassung aller im Betriebe arbeitenden Menschen, die bisher im völligen Gegensatz hierzu horizontal in sich gegenseitig bekämpfende einzelne Klassen zerrissen sind. Dabei soll es entsprechend den verschiedenen Interessen innerhalb der Werksgemeinschaft Gruppenvereinigungen der Unternehmer, der Angestellten und der Arbeiter in ähnlicher Form wie bisher geben, aber nicht mit klassenkämpferischer Absicht, sondern zwecks vertrauensvoller Zusammenarbeit in der Werksgemeinschaft.

Über allen aber steht der Staat. Allerdings nicht der Staat von heute, der von dem Willen der Parteien, insbesondere von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften, abhängig ist, sondern der frei über allen Parteien stehende Staat. Der Staat hat nur die entsprechenden Gesetze zu erlassen, damit die Selbstverwaltung der Wirtschaft in den Gemeinschaften durchgeführt werden kann. Im übrigen greift er als alleroberstes Schlichtungsorgan nur ein, wenn zwingendste Notfälle vorhanden sind.

Wer heute praktisch mit den jetzigen Betriebsräten zu verhandeln hat, wird bestimmt bisweilen durchaus verständige Einzelmenschen in diesen Betriebsräten vorfinden. Aber man merkt ganz genau, wenn die Grenze erreicht ist, an der sich der von außen kommende gewerkschaftliche Einfluß im klassenkämpferischen Sinne geltend macht. In diesem Augenblick schwindet jede Möglichkeit einer verständigen Zusammenarbeit. Entscheidend ist dann nur, wo die größere politische Macht im Augenblick vorhanden ist; dementsprechend fällt die Entscheidung.

Bezüglich der Aufgabenverteilung hat die Berufsgemeinschaft den großen Rahmen für die Entlohnung und die sonstigen Arbeitsbedingungen festzulegen, während die Werksgemeinschaft die elastische Ausfüllung dieses Rahmens entsprechend den Verhältnissen des einzelnen Unternehmens oder von kleineren Betriebsgruppen zu vollziehen hat. Dabei ist zu beachten, daß nur gesunde Betriebe auf die Dauer das Einkommen aller Beteiligten sichern. Gesunde Betriebe sind die einzigen Einkommensquellen. Zum Tätigkeitsgebiet der Werksgemeinschaft gehören auch die Aufgaben, die heute durch die betriebliche Sozialpolitik behandelt werden. Bei einem solchen geistig umgestellten Werksbeirat wird der Glaube an ein „Almosen“ gar nicht erst aufkommen. Alle Beteiligten werden diese betrieblichen sozialen Dinge als ein persönliches Stück ihrer selbst empfinden.

Auch in solchen Werks- und Berufsgemeinschaften wird es Kämpfe, unter Umständen scharfe Kämpfe geben. Sie werden aber gemildert durch das Gefühl der Zusammengehörigkeit. Reicht dies nicht aus, eine Einigung zu erzielen,

so tritt ein Schlichtungswesen in Kraft, das von den einzelnen, die volle Verantwortung tragenden Gruppenvertretungen gehandhabt werden muß ohne jede staatliche Einigung. Nur für einzelne außerordentliche Notfälle behält sich der Staat, wie vorher angegeben, ein Einspruchsrecht vor.

Es bleibt noch zu fragen, welche Änderungen gegenüber dem bisherigen Zustande durchzuführen wären. Gesetzlich sind vor allem die Bestimmungen über das Tarif- und Schlichtungswesen und eine Anzahl anderer Dinge im Arbeitsrecht im Sinne einer Auflockerung und der Wiedereinführung von persönlicher Verantwortung zu ändern. Ob wir die zur Zeit bestehenden Organisationsformen für unsere neuen Zwecke verwenden können oder nicht, hängt davon ab, ob der grundlegende Wechsel vom Klassenkampfgedanken zur Gemeinschaftsidee in diesen Organisationsformen durchgeführt werden kann. Bei vielen der jetzt bestehenden Einzelgewerkschaften, insbesondere bei den freien, halte ich eine solche Umstellung für nicht mehr möglich. Sie werden von selbst in ihrer heutigen Art verschwinden und gleichzeitig nach neuen Gesichtspunkten aufgebaut werden, wenn die eingangs angedeuteten gesetzlichen Änderungen in Kraft getreten sind.

Man soll sich hüten, derartige Versuche als hoffnungslos zu bezeichnen.

Was wir in der neuesten Zeit in Italien an ähnlichen Einrichtungen, wie ich sie angedeutet habe, sehen, berechtigt ebenfalls zu der Hoffnung, daß bei starker Führung auch in den modernen Staaten derartige Dinge mit großem Erfolge zu erreichen sind. Allerdings müssen wir uns darüber klar sein, daß Deutschland in vieler Hinsicht anders ist als Italien, und daß wir deshalb die italienisch-faschistische Wirtschaftsorganisation nicht sklavisch nachahmen dürfen, sondern unser eigenes System nach Gesichtspunkten aufzubauen haben.

gez.: v. GILSA.

Mehr Kampfgeist in die Gewerkschaften!

Bg. Es ist sehr erfreulich, daß der „Funke“ mit seiner Forderung, die Gewerkschaften sollten sich von unnötigerweise übernommenen politischen Verpflichtungen lösen, um sich ihrer gewerkschaftlichen Klassenkampfaufgabe besser widmen zu können, nicht allein steht. Einige Sätze aus dem „Gewerkschaftsarchiv“ mögen zeigen, daß auch von anderer Seite eine sachliche und auf Behebung der Mängel bedachte Kritik geübt wird.

„Als nicht minder falsch sehen wir es an, wenn der Vorsitzende des ADGB gegenüber den bürgerlichen Gewerkschaftsführern und Nationalsozialisten den Nachweis führen zu müssen glaubt, daß sich die Freigewerkschaftler an nationaler Zuverlässigkeit und Vaterlandsverteidigung von niemand übertreffen lassen. (Übrigens, es fällt auf, daß LEPART in diesem Zusammenhang von einem ‚angeblich‘ internationalen Marxismus spricht.)“

„Die gewerkschaftliche Kraft, richtig angewandt, ist auch heute die einzige, die sie zu einheitlichen Aktionen führen kann.“

„Die Unmöglichkeit des gewerkschaftlichen Lohnkampfes heute ist nur solange ein Faktum, als die Gewerkschaften keinen anderen Weg beschreiten.“

„Erkennen aber die Gewerkschaften ihre notwendigen Ziele, ... dann können sie auch aus ihrer Passivität heraus, dann werden sie ihre eigene Krise zweifellos überwinden. In dem Moment, in dem die Gewerkschaften eine selbständige und zielbewußte Haltung gegen die Regierung BRÜNING einnehmen werden, ist die Situation geschaffen, in der die Drohung des Faschismus weniger gefährlich ist als heute, als durch die Tolerierung.“

„Das Streben der Gewerkschaften zur Wirtschaftsdemokratie vertieft die Gewerkschaftskrise, wenn es auch gelang, mit dieser Lösung den Mitgliedern ein Ziel zu geben, für welches sie sich begeistern konnten. Dieses ‚Ziel‘ ist nun zusammengebrochen. Die Enttäuschung ist um so größer. Die Gewerkschaftskrise ist tiefer als je.“

„Herr, segne unseren Kampf!“

H. D. In den Buchhandlungen der NS gibt es eine Neuigkeit. Eine Postkarte, auf der an einem Kreuz ein gekreuzigter hängt. Über seinen Leib halten zwei SA-Leute eine Hakenkreuzfahne. Darunter steht: „Herr, segne unsern Kampf.“ Adolf Hitler.

Der Kampf, der gesegnet werden soll, sieht so aus:

Am 13. März wurden in Hückeswagen (Rheinland) drei Kommunisten von NS erschossen.

Am 13. März wurden in Pömmelte (Norddeutschland) zwei Reichsbannerleute von NS erschossen.

Am 15. März wurden in Braunschweig Passanten von den NS mit der Hundepölsche geschlagen.

Am 16. März wurde auf der Landstraße in der Nähe von Strehling in Schlesien der Landarbeiterfunktionär und sozialdemokratische Kreistagsabgeordnete JENTSCH von Nationalsozialisten überfallen. Die NS rissen JENTSCH vom Rade und bearbeiteten ihn mit der Hacke. JENTSCH wurde schwerverletzt in seine Wohnung gebracht.

Arbeiter, schließt euch zusammen!

Sozialdemokratische Werbemethoden.

F. T. Vor einiger Zeit veranstaltete die „Bremer Volkszeitung“ (SPD) eine Werbewoche. Zehn Berliner Werber wurden dafür nach Bremen geholt. Als Ergebnis der Werbewoche verkündete die „Volkszeitung“: 50 Prozent neue Abonnenten. Wie sind diese „neuen“ Abonnenten gewonnen? Ein Genosse, der einen der Werber auf seinen Wegen begleitete, erzählte mir von den folgenden Gesprächen:

„Ich komme im Auftrage der ‚Volkszeitung‘, um Sie wieder als Abonnent zu werben.“

„Nein, die ‚Volkszeitung‘ abonniere ich nicht.“

„Sie haben die Zeitung doch früher gelesen.“

„Ich habe die Zeitung abbestellt, weil am Allerseelen-Tag ein Hetzartikel gegen die Kirche darin gestanden hat.“

„Ich bin auch Katholik und werbe sogar für die Zeitung. In dem Artikel haben wir uns ja nicht gegen den Glauben gewandt, sondern nur gegen die Pfaffen.“

Auf der Treppe fragt der Genosse den Werber:

„Sag‘ mal, bist du wirklich Katholik?“
 „Nee, ich sehe mir die Leute an. Es kommt auch vor, daß ich Jude bin.“
 Nach der Agitation! Der Werber zu seinem Begleiter:
 „Na ... komm, denn laß uns mal einen Halben trinken.“
 „Nee, ich bin Abstinenz.“
 „Ich auch.“

Ein Fortschritt.

H. Lt. Ab 1. April werden die 69 Bände des bayerischen Justizministeriaiblattes (mit über 30 000 Seiten) durch drei Bände ersetzt, die nicht ganz 3000 Seiten umfassen. Wie kam dieses Wunder zustande? Alle bisher schon außer Kraft gewesenen Vorschriften wurden ausgemerzt; die noch geltenden wurden zusammengefaßt und teilweise neu formuliert. Bestimmungen, die im Lauf der Zeiten nur geringe Änderungen erfahren haben oder in nächster Zukunft voraussichtlich neu geordnet werden, wurden nicht abgedruckt, sondern in einem Verzeichnis zusammengestellt.

Eine glänzende Antwort.

Von einem Augenzeugen wird der „Vossischen Zeitung“ berichtet:

„HITLER-Aufmarsch im Lustgarten. Sämtliche Funktionäre hatten Befehl, sich auf der Schloßrampe zu versammeln und das ‚Gefolge‘ für GOEBBELS, den Hauptredner darzustellen. Der ‚Pressechef‘ HITLERS, Herr HANFSTENGL, der den größten Teil seiner Zeit damit zubringt, in den Büros der ausländischen Korrespondenten in Berlin zu antichambrieren, kam zu spät. Als er zur Schloßrampe hinauf wollte, erlaubte sich ein Schupowachtmeister, ihn nach seinem Ausweis zu fragen. Herr HANFSTENGL hatte keinen Ausweis.“

„Aber Sie müssen einen Ausweis haben, sonst kann ich Sie nicht durchlassen.“

„Herr Wachtmeister, ich bin der Pressechef HITLERS!“

„Das kann jeder sagen.“

HANFSTENGL (aufbrausend): „Mann, am Montag nach dem 13. März haben wir die Macht!“

Der Schupowachtmeister — der offenbar ein Berliner war: „Dann kommen Sie am besten am Montag wieder.“

Woolworth-Profit.

„Aufliegen Millionen Bedarfsartikel, Und ein jeder kostet nur einen Nickel. Millionen Menschen sich täglich drängen Vor den Ladentischen, in den Gängen. Alle gehören sie derselben Klasse, Alle müde, übermüht, blaß. Hier sind sie unter sich und bewegen sich freier, Bunt durch einander gemischt, Männer, Frauen, kleine Schreier. Hier kaufen sie alles so billig, Hier zahlen sie alle so willig. All' die Nickelwaren sind ihnen so wohlvertraut, Nie haben sie bessere und schönere geschaut.“

Mit diesen Versen beginnt J. KASSAN ein Gedicht über die 5- und 10-cents-Läden der Firma F. W. WOOLWORTH Co. Der kürzlich veröffentlichte Jahresbericht für 1931 zeigt einen Reingewinn von 41 Millionen Dollar, der höchste Profit seit Bestehen der Firma. 10 Millionen dieser Summe stammen aus Aktienverkäufen von der englischen Tochtergesellschaft. Der Gesamtumsatz in den USA war 1931: 232 Millionen Dollar (7 Millionen weniger als 1930); der Profit machte also rund 11 Prozent des Umsatzes aus. — Die Verkäuferinnen erhalten die niedrigsten Löhne im Kleinhandel: 8,00 bis 10,00 Dollar die Woche.

Neue Kirchen für Paris.

H. Lt. Der Kardinal von Paris hat vor einiger Zeit einen Aufruf erlassen, der die Bevölkerung auffordert, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit — Kirchen zu bauen. Daraufhin flossen die Spenden so reichlich, daß innerhalb von vier Monaten der Bau von 32 Kirchen begonnen werden konnte.

Menschen-Wohnungen, nicht Gotteshäuser! Wir glauben nicht, daß das Pariser Proletariat Überfluß an billigen und guten Wohnungen leidet. Durch den Bau von Wohnungen kann die Arbeitslosigkeit verringert werden, ohne daß wir kulturelle Nachteile, wie es die Vermehrung der Bevormundungs-Häuser bedeutet, dafür eintauschen müßten.

Das Elend steigt.

Hunderte von Arbeitern auf die Straße.

a Kattowitz, 30. März.

Die Kattowitzer A. G. für Bergbau und Hüttenbetrieb gab dem Betriebsrat der Falzhütte bekannt, daß die Stilllegung dieser Hütte am 23. April erfolgen soll. Dem Demobilisierungskommissar ist Meldung von dieser Absicht erstattet worden. In Betrieb bleiben nur die Elektrizitätszentrale der Hütte, die Hufeisenfabrik und die Sauerstofffabrik.

Die Kattowitzer A. G. hatte im übrigen zum 1. April der gesamten Belegschaft der Florentinogrube in Hohenlinde in Stärke von 1380 Mann gekündigt. Der Demobilisierungskommissar genehmigte nur die Entlassung von 600 Arbeitern. Wie verlautet, beabsichtigt die Verwaltung später weitere Entlassungen auf dieser Grube, sodaß binnen einiger Zeit die ganze Belegschaft abgebaut und der Grubenbetrieb eingestellt wird.

n Lübeck, 30. März.

Das Hochofenwerk Lübeck entläßt zum 1. April mehrere Hundert Arbeiter, da Verhandlungen über eine größere Roh-eisenlieferung erfolglos geblieben sind. Da das Roheisenlager zur Zeit etwa 65 000 t beträgt, soll der letzte noch im Betrieb befindliche Hochofen gedämpft werden.

Um die Tarife.

Gemeindearbeiter und Straßenbahner.

Die Verhandlungen über die Erneuerung des Reichsmanteltarifvertrages für die Gemeindearbeiter und des Manteltarifs für die kommunalen Straßenbahner sind für Mitte April festgesetzt. Beide Tarife laufen am 30. April ab.

Die Lohnsätze für die Gemeindearbeiter und Straßenbahner sind in den meisten der 25 Arbeitgeberbezirke ebenfalls zum 30. April gekündigt worden. Die Verhandlungen über die Lohnsätze werden in den Bezirken geführt werden. Angesichts der gewaltigen Lohnkürzungen, die das Jahr 1931 den Gemeindearbeitern und Straßenbahnern bescherte, kündigt der „Vorwärts“ den schärfsten Widerstand der Gewerkschaften gegen Abbauabsichten des Reichsfinanzministeriums an.

Wie aus einer Statistik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes über die Spitzenlöhne in 48 Städten hervorgeht, haben die Löhne der deutschen Gemeindearbeiter im Laufe des Jahres 1931 mit 22,6 Prozent für gelernte und 21,2 Prozent für ungelernete Arbeiter den stärksten Rückgang zu verzeichnen. Zu diesen Kürzungen treten noch die umfangreichen Lohnschmälerungen durch Verkürzungen der Arbeitszeit. Während das Durchschnittseinkommen des deutschen Vollarbeiters in diesen 48 Städten 89,5 Pf. ausmacht, beträgt der Durchschnittslohn des Gemeindegewerkschafters 78,2 und der des ungelerneten 65,1 Pf. Diese Lohnsätze stehen erheblich unter den Löhnen vom Dezember 1926. Die entsprechenden Zahlen waren damals 83,3 bzw. 67,8.

Bochum, 30. März.

Der Zechenverband hat den Manteltarif für den Ruhrbergbau zu Ende Mai gekündigt. Eine Kündigung des Lohns zum Ende April ist nicht erfolgt. Man rechnet jedoch mit einer Kündigung am 1. Mai zum 31. Mal.

Der Arbeitgeberverband der rheinisch-westfälischen Gemeinden hat den Tarif für die Angestellten zu Ende April gekündigt.

e Gleiwitz, 30. März.

Der Arbeitgeberverband der Oberschlesischen Montanindustrie teilt mit: Arbeitnehmer und Arbeitgeber im ober-schlesischen Steinkohlenbergbau haben sich dahingehend geeinigt, daß sämtliche Tarifabkommen zum 30. April nicht gekündigt werden, sondern zunächst unverändert einen Monat weiterlaufen.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in den Verbänden des ADGB.

	Arbeitslose in Prozent		Kurzarbeiter in Prozent		Durchschnittliche Kürzung um Hund. pro Woche im Februar
	Januar	Februar	Januar	Februar	
Bergarbeiter	19,5	19,0	30,5	37,5	18,3
Chemie (im Fabrikarb.-Verband)	34,0	34,2	38,4	37,0	17,3
Metallarb.	43,7	44,4	31,4	30,4	17,0
Textilarb.	30,0	30,7	38,6	38,9	14,7
Buchdrucker	38,9	34,5	15,4	14,7	13,7
Holzarbeiter	64,0	64,2	12,2	11,7	15,6
Gesamtverb.	16,5	17,0	18,6	18,7	9,8
Baugewerksbund	88,0	90,2	—	—	—
Durchschnitt all. d. ADGB angeschloss. Verbände	44,3	44,9	22,2	22,1	14,3

(Aus der „Gewerkschaftszeitung“, Nr. 13.)

Noske bemüht sich um Osterfrieden.

w München, 30. März.

Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP hat dem Reichsinnenminister GROENER ein Protesttelegramm gesandt, in dem es u. a. heißt: Der Oberpräsident der Provinz Hannover, NOSKE, habe eine der Werbung von Bezieherinnen dienende Werbeaktion der nationalsozialistischen „Niedersächsischen Tageszeitung“ in Hannover unter Hinweis auf die Notverordnung über den Osterfrieden dadurch unterbunden, daß er die Verbreiter von Werbeexemplaren habe festnehmen lassen. Das Vorgehen NOSKES stelle einen Mißbrauch der Notverordnung dar.

Die Notverordnung über den „Osterfrieden“ verbietet u. a. die öffentliche Verbreitung politischer Flugblätter und Flugschriften. Die NS hatten die „Niedersächsische Tageszeitung“ in erhöhter Auflage hergestellt und in Häusern verteilt. Nach NOSKES Auffassung ist also eine Zeitung eine Flugschrift und deren Verteilung in Häusern eine öffentliche Verbreitung von Flugschriften.

Zeitungsverbote von einem Tage.

o Koblenz, 30. März.

Die kommunistischen Zeitungen „Sozialistische Republik“ in Köln und „Freiheit“ in Düsseldorf sind vom Oberpräsidenten der Rheinprovinz wegen Äußerungen gegen GROENER und SEVERING bis zum 2. April einschließlich verboten worden.

h Kassel, 30. März.

Der Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau hat die nationalsozialistischen Tageszeitungen „Nassauer Volksblatt“ in Wiesbaden und „Frankfurter Volksblatt“ bis zum 2. April zum 30. März bis einschließlich 4. April verboten. Begründung: Beschimpfung BRÜNNINGS.

a Bad Liebenwerda, 30. März.

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat die in Bad Liebenwerda herausgegebene nationalsozialistische „Neue Kreis-Zeitung“ auf die Dauer von fünf Tagen verboten. Grund: Veröffentlichung des HITLER-Aufrufs, dessen Veröffentlichung bereits Dutzenden von Zeitungen ein Verbot eingebracht hat.

Zum 2. Wahlgang. Sondertermine für Seeleute.

h Berlin, 30. März.

Seeleute, die vor dem 10. April in See gehen, können zur Reichspräsidentenwahl schon ab 2. April und Seeleute, die nach dem 10. April in einen deutschen Hafen einfahren, noch bis 15. April in folgenden Hafenstädten abstimmen: Königsberg i. Pr., Pillau, Kolberg, Stettin, Swinemünde, Altona, Flensburg, Kiel, Emden, Wesermünde, Wilhelmshaven, Hamburg, Cuxhaven, Nordenham, Bremen, Bremerhaven, Lübeck.

In diesen Städten nehmen besondere Abstimmungsvorstände täglich von 10 bis 12 Uhr vormittags Seemannsstimmen entgegen. Der Seemann muß sich durch sein Seefahrtsbuch ausweisen und einen Stimmschein besitzen.

Für den Durchgangsverkehr im Kaiser-Wilhelm-Kanal wird an der Holtener Schleuse ein Wahllokal eingerichtet, in dem vom 2. April, vormittags 10 Uhr, bis 10. April, nachmittags 3 Uhr, und vom 11. April, vormittags 10 Uhr, bis 15. April, mittags 12 Uhr, Tag und Nacht Seeleute ihre Stimme abgeben können.

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Freitag, den 1. April.

Berlin:

22.30 Dr. RÄUSCHER: Politische Zeitungsschau.

Breslau:

12.00 Dipl.-Landwirt H. KAATZ: Der Anbau der Sojabohne in unserem Klima.

18.50 Prof. PREISER: Neuzeitlicher Religions-Unterricht (vergl. dazu: LEONARD NELSON, Erziehung zum Knechtsgeist, IVA-Verlag, Berlin S 14).

Hamburg:

18.35 FR. BOETTCHER: Arbeiter-Jugend auf Wanderschaft.

20.15 „Götze von Berlichingen“, von GOETHE.

Königs wusterhausen:

18.00 Ob.-Reg.-Rat Dr. NATHAN: Amerikas Kampf gegen die Deflation (vergl. dazu: „Vogel-Strauß-Politik auch in USA“ in Nr. 42 vom 19. Februar und „Konjunktur-Voraussage für USA“ in Nr. 46 vom 24. Februar des „Funkens“).

Leipzig:

18.00 Sozialversicherungsfunk.

Moskau, Gewerkschaftssender:

20.00 Vier Generationen in der Kolchose (Kollektiv-Wirtschaft).

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name

Ort

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann Berlin. Verl.: International Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 59009. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 86, Elisabethufer 28/29.

Unterstützt den „Funken“! Berücksichtigt die Inserenten des „Funken“!

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig her

Oscar Wettig, Gelnhausen

Robert Peppmüller, Göttingen

Buchhandlung und Antiquariat

für moderne Literatur

Kataloge und Auskunft gratis!

ISK

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes

Erscheint in:

Deutsch, Englisch und Esperanto

Internationale Verlags-Anstalt G. m. b. H. Berlin S 14, Inselstraße 8a.

MAGDEBURG

Sonnenblumen-Öl

kalt abgepreßt, daher vollwertiger. Bestes Speiseöl für Salate, zum Braten, Backen usw., milder Geschmack.

5-kg-Kanne 5.50 RM ab hier. Kanne 1,— RM Pfand.

Frischkost-Refektorium Magdeburg, O. v. Guerickestr. 104.

Elegante und praktische Herren- und Damenkleidung nach Maß fertig sauber und billig an

RUDOLF SCHÖNHEIT

Stoffmuster in reicher Auswahl stets vorrätig. Magdeburg, Otto-von-Guericke-Str. 104, H. r. 1

Arbeiterkinderhelm

Mützen a. d. Oertze, Kr. C'elle, nimmt ab Ostern wieder Kinder auf. Tagessatz 1,20 M, Kinder unter 10 Jahren 1,— M.

Etty Gräffe

Sprechapparate

Koffer □ Schatullen □ Schränke

Schallplatten

für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen

Otto Pfothauer

Weimar, Röhrstraße 40

Verlangen Sie Angebote!

Die Vormünder sind am Werk der Vernichtung geistiger Freiheit!

Darum helfe an der Aufklärung, Sozialisten!

Die Reformation der Gesinnung durch Erziehung zum Selbstvertrauen

Von Leonard Nelson

Zweite, vermehrte Auflage. 265 Seiten.

Broschiert 3,— RM Ganzleinen 4,10 RM

Aus dem Inhalt:

Eigene Verantwortung und innere Wahrhaftigkeit. — Erziehung zur Tapferkeit. — Von der Zukunft der inneren Freiheit. — Erziehung zum Knechtsgeist. — Führer und Verführer. — Was ist liberal? — Ethischer Realismus.

Aus den Besprechungen:

„NELSONS 'Reformation der Gesinnung' ist ein Aufruf und Programm, eine Sammlung von Stimmen zum Kampfe gegen Unrecht, Unfreiheit, Stumpfheit und Trägheit.“

„Neues Leben“, 2. Jahrgang, Heft 2/3.

„Die bisherige Erziehung war viel zu sehr Erziehung zur Autorität und Opportunität und erzog dadurch zum Knechtsinn, die neue Erziehung — wie sie NELSON fordert — soll eine Erziehung zu eigener Verantwortung und innerer Wahrhaftigkeit sein.“

„Pädagogisches Zentralblatt“, 3. Jahrgang, Heft 7.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Der Parteitag der SAP.

Als erste Tagung einer Neugründung erweckte der Parteitag der SAP, der während der Ostertage in Berlin stattfand, besondere Aufmerksamkeit. Dies um so mehr, als er die Grundlinie zukünftiger Politik und Taktik festlegen sollte. Dieser Aufgabe entsprechend war seine Tagesordnung gegliedert: zunächst Darstellung der politischen Lage, wie sie im Urteil der Partei erscheint; dann Erörterung der Prinzipien, die für die Arbeit der Partei maßgebend sein sollen, endlich Erörterung des Parteistatuts und der Aktionen, vor denen die SAP steht.

SEYDEWITZ hielt das Referat über die politische Lage. Es war einfach in den Behauptungen: Wir leben in einer Krise, deren Überwindung im Rahmen des alten Systems unmöglich ist. Der Faschismus ist nur eine der Teilerscheinungen dieses Systems; er ist eins der Mittel des Kapitalismus, um die Lasten der Krise auf die Arbeiterschaft abzuwälzen. „Die SP hat die Kampfbereitschaft der sozialdemokratischen Massen mißbraucht, indem sie den Kampf gegen den Faschismus führen will dadurch, daß sie sich mit dem Kopf und Rumpf (der kapitalistischen Klasse. Red.) gegen den Arm verbündet hat.“ Die Aufgabe der SAP ist es darum, die SPD-Arbeiter für die revolutionäre Front zu gewinnen. Eine einseitige Stellung für die kommunistischen Arbeiter muß aus diesem Grunde vermieden werden. Als Aufgaben für die SAP nannte SEYDEWITZ: Bildung der proletarischen Klassenfront, Stärkung der SAP zu einem Machtfaktor, Kampf für einen proletarischen Ausweg aus der Krise durch Überwindung des Kapitalismus. Eingehendere Pläne für die Durchführung dieser Forderungen wurden weder in den Referaten noch in den Debattereden entwickelt.

Es folgte das Referat von WALCHER zur Gewerkschaftsfrage. WALCHER, der von der KPD-O zur SAP übergetreten ist, sagte: „Das Ziel unserer Arbeit in den Gewerkschaften muß sein die Eroberung . . . der Gewerkschaften. Der Sinn unseres Kampfes in den Gewerkschaften ist, das Vertrauen der Massen für uns zu erobern, sie mit uns zu verbinden, daß sie in den entscheidenden Stunden uns ihre Gefolgschaft leisten. Zu diesem Zweck müssen wir einen linken Flügel in den Gewerkschaften bilden.“

Wenn WALCHER auch von dem Ziel der Stärkung der Gewerkschaften sprach, dann tat er das nur nebenbei. Die Gewerkschaften sollen auch für die SAP eben nur das Instrument für ihre Parteipolitik sein. Bildung eines linken Flügels fordert WALCHER — bisher hieß es: eines linken Oppositionsblocks, linke Fraktionen. Daß sich hinter diesem anderen Ausdruck etwa die Ablehnung der Fraktionsbildung in den Gewerkschaften verbirgt, konnte man der Rede WALCHERS nicht entnehmen, denn sonst hätte er bei der Bedeutung gerade dieser Frage sie ausdrücklich erwähnen müssen.

Im Mittelpunkt des Interesses stand die *Prinzipienerklärung*, die bis zur Annahme eines Parteiprogramms die Richtlinien festlegt. Angenommen wurde die vom Parteivorstand vorgelegte Erklärung.

Nach der Zielbestimmung (Vergesellschaftung der Produktionsmittel) erörtert diese Erklärung die Bedeutung des Staates, die Notwendigkeit der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und die Form des proletarischen Staates (Räte).

Dann folgt die „Analyse der Lage“ mit dem Ergebnis: die *normalen Mittel der kapitalistischen Krisenüberwindung funktionieren nicht mehr. Also: entweder Sozialismus oder Untergang in die Barbarei; die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat ist zur aktuellen Aufgabe geworden.*

In der Erörterung des Weges zur Eroberung der Macht folgt zunächst eine Ablehnung des demokratisch-reformistischen Weges der SP, dann eine Stellungnahme zu KP und Komintern. Die *Grundsätze* der Politik der Komintern werden von der SAP anerkannt. Abgelehnt wird deren politische Praxis, die die Spaltung der Arbeiterschaft begünstigt. Ab-

gelehnt wird die in der Praxis der Komintern vollzogene Aufhebung der Parteidemokratie.

Dann folgt ein Abschnitt über Sowjetrußland: der Beweis der Überlegenheit der Planwirtschaft über die Wirtschaftsanarchie sei dort geführt; Aufruf zur Verteidigung der Sowjet-Union gegen kapitalistische Angriffe.

Kapitel VI nimmt zur Frage des Krieges Stellung. Die Mitarbeit an einer Verständigung kapitalistischer Staaten unter einander (Völkerbund) wird abgelehnt. Aufgabe im Falle eines imperialistischen Krieges: Ausnutzen zur Revolution. Im Falle eines Krieges gegen die Sowjetunion: Unterstützung Rußlands.

Im Schlußkapitel allgemeine Darlegung der Aufgabe der revolutionären Partei (Rolle der Avantgarde). Vorfassung der Partei: „demokratischer Zentralismus . . .“, der besteht in . . . der Initiative und Verantwortung der Führung, sowie in einem Organisationsaufbau, der die beständige Kontrolle und Beeinflussung aller leitenden Organe bis zum Parteivorstand und ihrer politischen und organisatorischen Entscheidungen durch die Mitglieder und die unteren Organisationen ausübt.“

Soweit die Prinzipienerklärung des Parteivorstandes. Unter den abgelehnten Entwürfen einer *Prinzipienerklärung* spielte der von ANNA SIEMSEN und Genossen die Hauptrolle.

Er geht von der Erkenntnis aus, daß es an „der subjektiven Voraussetzung der notwendigen gesellschaftlichen Umwälzung, an der Reife des Klassenbewußtseins“ fehlt. Damit tritt SIEMSENS Entwurf in strikten Gegensatz zu dem des Vorstands, der die nächste Aufgabe der SAP in der revolutionären Aktion sieht, den subjektiven Faktor also für erfüllt oder für unbedeutend erachtet.

SIEMSEN hingegen will die Voraussetzungen für revolutionäre Aktionen erst schaffen durch Revolutionierung der Köpfe, und zwar bei breiten Massen, durch die Stärkung des revolutionären Willens in Gewerkschaftskämpfen und durch die Zurückeroberung der sogenannten demokratischen Grundrechte (Presse- und Versammlungsfreiheit).

SIEMSEN lehnt die Unterwerfung unter die dritte Internationale ab, fordert den Aufbau einer europäischen Arbeitsgemeinschaft unter Benutzung heute bereits bestehender Organisationen (Völkerbund). Die Arbeiterschaft soll ihren beherrschenden Einfluß auf diese Einrichtungen durchsetzen.

Das entscheidende Kampfmittel des Proletariats ist nach SIEMSEN der Generalstreik; das entscheidende Schutzmittel der Arbeiterschaft gegen jede Form geistiger oder politischer Diktatur, die immer die Gefahr unvorbereiteter Aktionen mit sich bringt, ist die Erziehung der Partei und der Klasse zu einer freiwilligen aktionsfähigen Gemeinschaft.

Die Aussprache brachte deutlich zum Ausdruck, daß die SAP noch keine festgefügte Partei ist, daß sich hier Gruppen verschiedener Richtung zusammengefunden haben, die zunächst nur durch die Ablehnung der SP und der KP verbunden sind. Dieser Eindruck verstärkt sich beim Verfolgen der Debatten, die im Anschluß an ZWEILINGS Rede über die Prinzipienerklärung des Vorstands stattfanden. Dieser Eindruck läßt sich außer durch die hier wiedergegebenen Prinzipienerklärungen belegen durch den Hinweis auf einige Stellen aus der Diskussion. Ein Genosse, der in der Sowjetunion nicht einmal Anfänge zu einem Aufbau sieht, steht neben einem solchen, der diesen Staat gegen alle Angriffe verteidigen will; Verneiner des Völkerbundes neben solchen, die diese Einrichtung als eine für Sozialisten mögliche Wirkungsstätte ansehen. Die einen treten für Kirchenaustritt mindestens aller Funktionäre ein, die anderen lehnen jede Verpflichtung in dieser Hinsicht ab. Das alles erklärt sich aus der Tatsache, daß die SAP aus Oppositionstendenzen hervorgegangen und noch sehr jung ist. Schlimmer ist, daß sie keine Methode kennt, über solche Differenzen zu einer Verständigung zu gelangen.

Den Beschluß der offiziellen Erklärungen bildete das Referat von ECKSTEIN über das Parteistatut. Nach den vorhergegangenen Erklärungen, wonach der revolutionäre Kampf die unmittelbare Aufgabe der SAP ist, erweckten die mehr oder minder formalen Ausführungen über Statuten kein lebhaftes Interesse.

Den Tieren wird überhaupt nicht die geringste Pflege zuteil. Das Geschirr sowohl als auch die Körper der Tiere scheinen nie gereinigt zu werden. Man möchte fast zweifeln, daß die Tiere Futter bekommen, denn die Haut liegt wie ein nasses Tuch um das Knochengestütz. Die Hufeisen sind völlig abgewetzt und machen den Tritt der Tiere ganz unsicher. Sie gleiten auf dem Pflaster wie auf einer Eisbahn. Wenn es ihnen nicht gelingt auf abschüssiger Bahn den Karren, der keine Bremsen hat, zu halten, dann hagelt es Hiebe auf die klappernden Knochen. Wenn Tiere zu Fall kommen, dann wird durch brutale Mittel versucht, die Tiere zum Aufstehen zu zwingen. Es kommt vor, daß Frauen sich empören gegen diese Mißhandlungen, denn sie sind dem Mitleid eher zugänglich, aber sie ernten nur spöttische Bemerkungen von den männlichen Zuschauern.

Sehr häufig werden die Tiere zum Tragen von Lasten verwendet. Säcke oder Körbe hängen an den Seiten und sind mit einem Band oder mit Stricken, die über den Rücken des Tieres gehen, verbunden. Vor allem die Esel werden als Tragtiere verwendet. Die Lasten, die ihnen aufgebürdet worden, sind oft beträchtlich, aber zum Überfluß setzt sich der Besitzer auch noch auf die kleinen, schwächlichen Tiere.

Es gibt kaum ein sinnfälligeres Beispiel für das kapitalistische Wesen unserer Ordnung, als der Anblick, den diese großen Kerle, die auf den Rücken der kleinen Tiere sitzen, bieten. Sie rauchen bedächtlich ihre Zigaretten, schlagen die Tiere aus keinerlei ersichtlichem Grund von Zeit zu Zeit mit einem Stecken in die Seiten und haben auch nicht den leisesten Gedanken an das Wohl des Tieres, das ihnen dient, oder vielmehr zum Dienen gezwungen ist. Die zierlichen, schlanken Beine der Esel suchen fiebernd feste Stützpunkte, um Steine zu vermeiden und haben sichtbar Mühe, die große Last im Gleichgewicht zu halten und zu tragen. Es gehört ein großes Maß von Abgestumpftheit und Gleichgültigkeit dazu, Tiere in solcher Weise zu behandeln, ohne auch nur mit einem Gedanken darauf zu verfallen, das Verhältnis des Tieres zum Menschen vom Standpunkt des ersteren aus zu betrachten. Ich habe ein bezeichnendes Gespräch über die Lage der Tiere in Spanien mit einem kommunistischen Genossen gehabt. Ich stellte ihm vor, daß man die Tiere nicht so behandeln dürfe. Er aber meinte, man müsse sie manchmal schlagen, denn wenn die Last zu schwer wäre. Ja, meinte ich, man darf eben die Last nicht zu schwer machen. Der Genosse: Dann müßte aber der Besitzer oft zweimal fahren, und dadurch verdiene er weniger!

ECKSTEIN plädierte für die Synthese des Prinzips der starren Führung, mit dem der demokratischen Bewußtseinsbildung. Die Verlegung des Schwergewichts der Partiarbeit in die Ortsvereine soll gegen den Zentralismus der Parteileitung wirken. Das „Sowohl-als-auch“-Prinzip, sowohl straffe Führung als auch Kontrolle durch die Massen, bildete den Kernpunkt seiner Ausführungen. Daran schlossen sich Erörterungen über Einzelfragen, über das Einkommen von Mandatären, über Doppelmandate, von Zugehörigkeit zu Gewerkschaften, über die Wahlprinzipien innerhalb der Partei, über den Anteil der Frauen an den Funktionen der Partei. Das Statut wurde mit geringen Änderungen angenommen.

Viele Berichtigungen, wenig Klarheit. Groener und die NS.

Die Reihe der „Berichtigungen“ wird fortgesetzt, ohne daß dadurch das Dunkel, das GROENERS Verkehr mit den NS umgibt, aufgehellt würde.

Die NS erklärten gestern: 1. Die NS GÖRING und FRANK hätten während ihrer „vertraulichen Besprechung“ am 18. März GROENER die Originalfassung des SA-Befehls vom 2. März (wegen Zusammenziehung der SA) unterbreitet; 2. GROENER habe in dieser Unterredung nicht — wie das Reichsinnenministerium behauptet — erklärt: wenn er den Wortlaut des Befehls vorher gekannt hätte, hätte er sofort Einspruch erhoben; 3. GROENER habe in der Unterredung vom 18. März sein Erstaunen über SEVERINGS Aktion geäußert.

Hierauf antwortet jetzt das Reichsinnenministerium, daß der Inhalt dieser nationalsozialistischen Erklärung unrichtig, und daß Minister GROENER in keiner Weise von der Polizeiaktion SEVERINGS abgerückt sei. Auch wird betont, daß dem Reichswehrminister weder ein Entwurf noch die Originalfassung des Befehls des Stabschefs der SA vom 2. März unterbreitet worden sei.

Außerst merkwürdig: 1. Gestern ist von Seiten des Reichsinnenministeriums der Telegraphen-Union mitgeteilt worden, daß FRANK am 18. März GROENER „den Wortlaut des Befehls mitgeteilt“ habe. Wie stimmt dazu die neue Mitteilung der gleichen Quelle: „weder ein Entwurf noch die Originalfassung sei unterbreitet worden“? 2. Es fällt auf, daß GROENER nach dem Dementi der NS die alte Behauptung des Reichsinnenministeriums nicht bestätigt, wonach er geäußert haben soll: er hätte sofort Einspruch erhoben, wenn er den Wortlaut des Befehls vorher gekannt hätte.

Was aus der Kette dieser „Berichtigungen“ immer klarer hervortritt, ist die Notwendigkeit, GROENER durch einen im Verkehr mit NS sichereren Minister zu ersetzen.

Wie die NS den 13. März vorbereiteten. Maschinengewehr „herausgelockt“.

Die „Münchener Post“ hatte am Mittwoch gemeldet, daß kurz nach der SEVERING-Aktion auch im Chiemgau und Inn- und Isar große Waffenlager durch Kriminal- und Landespolizei ausgehoben worden und vor den Nationalsozialisten und der „Neuen Bauernbewegung“ in Sicherheit gebracht worden seien.

Dazu gibt nun die Münchener Polizei folgende Mitteilung: „Am 11. März hatten drei Mitglieder der NSDAP in Rosenheim von einem Landwirt bei Endorf ein leichtes Maschinengewehr, drei Infanteriegewehre, eine größere Anzahl Munition und Leuchtpistolen herausgelockt (!) Diese Gegenstände sind nach Rosenheim in das Anwesen des dortigen forstwirtschaftlichen Gaufachberaters der NSDAP gebracht worden. Im Vorlaufe der weiteren polizeilichen Erhebungen, die zur Beschlagnahme der bezeichneten Waffen führten, gelang es, noch weitere Waffenlager aus der Einwohnerwehrzeit her polizeilich zu erfassen und eine größere Menge Telephongeräte aus Heeresbeständen sicherzustellen. Strafanzeige ist erstattet.“

Die lebenslange Mißhandlung hat die Lasttiere, die sich der Mensch hält, völlig apathisch gemacht. Während der Händler seine Waren verkauft, oder während er in einer Kneipe seinen Schnaps oder Wein zu sich nimmt, stehen die Tiere auf der Straße, ohne sich zu bewegen. Der Kopf ist immer müde gesenkt, jede Elastizität ist aus dem Körper gewichen. Die zerschundene Haut reagiert nicht mehr auf Reize. Die Augen sind glanz- und ausdruckslos. Man sieht sie selten, denn der hängende Kopf und die buschigen Brauen verbergen sie. Warum man diesen Tieren, aus denen jedes Leben gewichen zu sein scheint, noch Scheuklappen anlegt, ist eigentlich nicht erkennbar. Man kann sich gar nicht vorstellen, daß diese Tiere noch die Kraft aufbringen, vor dem Lärm des Straßenlebens zu scheuen. Nein, diese Wesen sind in Wirklichkeit tot. Es bewegt sie nur noch ein rätselhafter Mechanismus.

Der Vernichtungskampf gegen den Walfisch.

Ths. Die Walfisch-Schlächtereien gehören zu den schrecklichsten Kapiteln des organisierten Tiermordes. Sie wird heute mit den raffiniertesten Methoden moderner Technik betrieben: mit Flugzeugen, drahtloser Telegraphie und Artillerie. Eine geradezu barbarische Waffe ist die moderne Harpune, die, von einer Kanone abgefeuert, erst explodiert, nachdem der Wal getroffen ist. In seinem Körper legt sie gewaltige Widerhaken frei. Bei dieser Jagd werden weder trächtige Tiere noch saugende Junge geschont. Auch in der Paarungszeit macht man Jagd auf Wale.

In den Jahren 1919—1920 wurden auf der Welt 11 369 Wale getötet; in den Jahren 1929—1930 und 1930—1931 überschritt diese Zahl 30 000 pro Jahr. Im Jahre 1932 werden keine Wale gejagt, da von der letzten Saison noch ein Übereschuß an Oel unverkauft blieb.

Nun hat sich der Völkerbund mit der übermäßigen Walfisch-Schlächtereien beschäftigt. Allem Anschein nach möchte er ihr Einhalt gebieten. Er hat diesbezügliche Fragen an die Regierungen der Mitgliedstaaten gerichtet. Von 28 Antworten waren 21 zustimmend oder doch dem Plan nicht abgeneigt. Die ermutigendsten kamen von Frankreich, Dänemark und Rumänien. 5 Antworten waren ablehnend oder doch dem Vorschlag nicht gewogen; an erster Stelle unter diesen fünf stand Großbritannien.

Die Dividenden, die von den drei führenden norwegischen Gesellschaften ausgezahlt wurden, erreichten in den Jahren 1925 bis 1928 durchschnittlich 15, 23½ und 57¼ Prozent.

Der Krieg gegen Hilflose.

Madrid, Ende März.

Die schreienden Gegensätze im Klassenstaat Spanien sind so augenscheinlich, daß jeder Schritt von den empörenden Verhältnissen Kunde gibt. Aber schreitet man die lange Reihe der mehr und minder Ausgebeuteten ab, dann findet man am Ende dieser Reihe nicht etwa die verwahrlosten und obdachlosen Bettler, die großen Scharen von Krüppeln und Blinden. So trübe die Lage dieser Menschen ist, sie wird an Aussichtslosigkeit noch übertroffen von der Lage, in der sich die hilflosesten und verlassensten Geschöpfe, die Tiere, befinden. Die Tiere haben alle gegen sich. Sie sind ausgeliefert einer zu scheußlichen Roheiten fähigen und bereiten Menschenart, der man nur zu Gute halten kann, daß sie seit Menschengedenken keine Lehrer hatte, die im Gegensatz zur christlichen Religion dem Volke den berechtigten Anspruch des Tieres auf Achtung seiner Interessen gelehrt hätte. Man möchte glauben, daß Menschen, die unter dem Unrecht ein Leben lang zu leiden haben, gerade empfänglich für die Solidarität mit allen Unrechtleidenden wären. Dies trifft aber leider nur zu für diejenigen, die im Elend und unter der Last des Unrechts sich frei vom Knechtsgeist gehalten haben. Die anderen, die in diesem Geiste erzogen worden sind, werden ihre Rache für das erlittene Unrecht dort betätigen, wo ihre Macht hinreicht: Bei Kindern oder Tieren.

Während die Kinder in Spanien verhältnismäßig viel Freiheit haben und auch sonst durch allerlei Listen ihren grollenden Eltern auszuweichen verstehen, sind die Tiere an Karren gespannt oder tragen Riesenslasten zu den Marktplätzen, stets hinter sich den Peiniger. Vor allem Esel und Maultier sind bevorzugt, Dienste für den Menschen zu leisten. Aber wie wenig finden sie dafür Dank.

Das Zaumzeug scheint darauf angelegt zu sein, das Tier nur zu schinden. Breite Flächen der Haut sind durch die Reibung der Lederbänder und Stricke von Haaren völlig entblüßt und sehen wie gegerbt aus. Man kann sich denken, wie oft die Haut bis zum Fleisch entzündet gewesen sein mußte, ehe sie zu Leder wurde. Man kann vielen Tieren begegnen, die offene, durch die Reibung des schlechtsitzenden Zaumzeugs entstandene Wunden am Körper tragen. Bei jedem Schritt schlagen die Lederstricke in die eiternden und schmutzigen Wunden, um deren Heilung sich niemand kümmert.

Außenhandelsmonopol, planmäßige Ausbeutung!

Das fordert der Reichsverband der deutschen Industrie.

Die HUGENBERGSche Telegraphen-Union dementiert die in manchen Zeitungen wiedergegebene Behauptung, der Reichsverband der deutschen Industrie strebe ein Moratorium an. Im Anschluß an dieses Dementi werden folgende Mitteilungen über den Inhalt des noch nicht veröffentlichten Wirtschaftsprogramms des Reichsverbandes der deutschen Industrie gemacht:

An die Spitze seiner Forderungen stellt der Reichsverband Beseitigung der Hemmungen, die einer freien Entwicklung der Initiative des privaten Unternehmens im Wege stehen. In diesem Zusammenhang verlangt er die Wiederschaffung der Möglichkeit freier Vereinbarungen über den Arbeitslohn und über die Arbeitszeit. Daß er von dem einzig möglichen produktionspolitischen Standpunkt aus Wiedergewinnung der Rentabilität der Unternehmungen verlangt und in ihr die Grundlage einer Allgemeinbesserung sieht, nicht aber darin, daß man stur an der Aufrechterhaltung des Reallohnes festhält, versteht sich von selbst. Forderungen allgemeiner Art sind weiter freie Wohnungswirtschaft, Senkung der Steuern und Sozialabgaben, und zwar nicht erst im Jahre 1933, sondern sofort, endliche Regelung der Finanzen der Länder und Gemeinden, Umschuldung der letzteren, nicht nur durchgreifende Reform der Arbeitslosen- und Wohlfahrtsfürsorge, sondern völlige Sozialversicherungreform.

Alsdann kommt der Schwerpunkt der Forderungen, das ist Einspannung der Handelspolitik in die Devisenbewirtschaftung. Die jetzige Devisenbewirtschaftung wird als mangelhaft bezeichnet. Sie schafft in ihrem Schematismus untragbare Verhältnisse für die Industrie und führe zu einer Schmälerung des Exports. Der Reichsverband schlägt vor eine zentrale Regelung der Einfuhr mit gleichzeitiger Festsetzung von autonomen Waren-Kontingenten. Er will damit erreichen eine Aenderung der strukturellen Zusammensetzung der Einfuhr nach dem gegebenen volkswirtschaftlichen Bedarf und die Rücksichtnahme auf das Interesse solcher Länder, die den größten Teil unserer Ausfuhr aufnehmen. Selbstverständlich sieht der Reichsverband hierin die Gefahr einer Festlegung der deutschen Wirtschaft in staatliche Planwirtschaft. Er verlangt darum, daß alle diese Maßnahmen so elastisch wie möglich sind, um eine spätere schnelle Rückbildung zur freien Wirtschaft zu erreichen. Es soll eine zentrale Stelle geschaffen werden, in der Reichsbank, Reichswirtschaftsministerium und Spitzenverbände vertreten sind, die die Kontingente festzusetzen hätte. Deren Bewirtschaftung soll dem Selbstverwaltungsorgan der Wirtschaft überlassen bleiben.

Weiter befaßt sich der Reichsverband dann mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm. Er lehnt alle künstlichen Programme wegen der inflationistischen Gefahr, die sie in sich bergen, ab. Er stimmt den Plänen des Reichswirtschaftsrates zu und verlangt auch Finanzierungsmöglichkeiten für den vorliegenden Bedarf der Privatwirtschaft, wobei er in erster Linie an die bereits vielfach erörterte Erweiterung der Basis des Wechselkredites denkt.

Also kurz: Die bankerotten Wirtschaftsführer und ihr Anhang wollen die Arbeiter und übrigen Konsumenten planmäßiger als bisher ausbeuten.

Sie verlangen volle Handlungsfreiheit für sich und Unterwerfung aller anderen Mitglieder der „Volksgemeinschaft“, der Arbeitenden und Arbeitslosen, unter ihre „bewährte“ Führung! Sie sind dabei so miß-

trauisch, daß sie nicht einmal der Regierung BRÜNING das Außenhandelsmonopol anvertrauen, sondern es dem „Selbstverwaltungsorgan der Wirtschaft“, also sich selber, vorbehalten wollen.

„Künstliche“ Programme zur Arbeitsbeschaffung werden wegen der Gefahr der Inflation abgelehnt (bessere Wohnungen für Arbeiter sind für diese Herren sicher etwas Unnatürliches!). Die Inflation, die sie wollen, nennen sie „Erweiterung der Basis des Wechselkredites“ und fordern Finanzierungsmöglichkeiten für den „Bedarf der Privatwirtschaft“, wobei sie wiederum sich selber meinen.

Das Programm ist eine Warnung für alle Sozialisten, die heute in Deutschland nach Planwirtschaft, insbesondere nach dem Außenhandelsmonopol rufen. Die Forderungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie zeigen deutlich, wie solche Planwirtschaft unter den heutigen politischen Machtverhältnissen in Deutschland aussehen würde!

Es ist Sache der freien Gewerkschaften, auf dem Krisenkongreß den Unternehmensverbänden eine deutliche Antwort zu geben! Rpt.

Der Weltkraftverkehr krisenfest. Nur Deutschland macht eine Ausnahme.

Der Weltkraftverkehr hat sich 1931 gegenüber der Wirtschaftskrise als überaus widerstandsfähig erwiesen. Die Anzahl der Kraftfahrzeuge betrug am 1. Januar der Jahre 1931 und 1932 (in 1000 Stück):

	Personenwagen		Lastkraftwagen		Omnibusse		Kraftäder	
	1931	1932	1931	1932	1931	1932	1931	1932
Europa	3 770	3 968	1 344	1 461	151	135	2 430	2 243
U. S. A.	23 251	22 670	3 414	3 378	81	75	112	106
übrige Länder	3 017	2 872	743	746	37	39	303	270

Am besten hat sich der Kraftwagenbestand in Europa gehalten. Eine Ausnahme macht allein Deutschland. Hier ist der Personenwagenbestand 1931 um 15 Prozent zurückgegangen, stärker als in irgend einem anderen Lande. Diese Entwicklung hat ihre Ursache in der Rekord-Autobesteuerung. In Deutschland haben der Kampf der Reichsbahn und die gesetzlichen Verordnungen gegen den Güterkraftverkehr sowie die übermäßige Erhöhung der Treibstoffzölle und der Spritbeimischungszwang zu einer Schrumpfung des Verkehrs und der Produktion geführt.

Die Kraftwagenproduktion in der Krise.

Im Jahre 1931 wurden 3 Millionen Kraftwagen hergestellt. Das bedeutet gegenüber 1929 einen Rückgang von über 50 Prozent (Produktion 1929: 6,2 Millionen Stück). 1930 betrug die Produktion 4 Millionen Stück. Der wertmäßige Produktionsrückgang ist infolge der Preissenkung weit größer als die mengenmäßige Abnahme: 1929 betrug der Wert der Produktion 15,6 Milliarden Mark, im Jahre 1931 nur 6,6 Milliarden Mark.

sio hohe Abgaben zu zahlen hatten, dadurch Erleichterungen zu gewinnen oder zu erpressen suchten, daß sie Verluste infolge des Aufstandes aufweisen konnten.

Viertens schließlich kommt in den Forderungen der Aufständischen, die immer wieder von ihren Führern formuliert wurden, nirgends etwas von der Beseitigung der Dreschmaschinen überhaupt vor. Fast ausnahmslos handelte es sich um die Forderung einer Lohnerhöhung; außerdem ist nur noch von einer Erniedrigung der Kirchenabgaben und gelegentlich von der Bereitstellung von Gemeindegeld für die Landarmen die Rede.

Das Zerschlagen der Maschinen spielte hier offenbar nur die Rolle einer öffentlichen Demonstration dafür, daß die Landarbeiter jetzt nicht mehr die Sklaven der Unternehmer sein wollten. Die Zerstörung der Maschinen wurde immer zusammen mit dem Niederbrennen der Heuschöber vorgenommen. Diese beiden „Aktionen“ waren in jenem Aufstand als die Zeichen der Macht gedacht. Daß das Programm der Aufständischen viel weiter ging, kann man z. B. an dem Ausspruch eines ihrer Führer in Kent sehen: „Dieses Jahr wollen wir Heuschöber und Dreschmaschinen zerstören, nächstes Jahr werden wir mit den Pfaffen abrechnen und im Jahr darauf die politischen Machthaber angreifen.“

Aus all dem ergibt sich, daß es nicht wahrscheinlich ist, daß im allgemeinen die Zerstörung der Dreschmaschinen im Aufstand des Jahres 1830 darum vorgenommen wurde, weil die Landarbeiter hofften; auf diese Weise wieder zu Arbeit zu gelangen.

Die Chartisten-Bewegung.

Was nun vollends den Aufstand in den Textilgebieten in den 40er Jahren angeht, dem eine Reihe von Fabriken zum Opfer fiel, so handelte es sich hier um Beweggründe ganz anderer Art. Wie bei dem Aufstand der Ludditen waren die Spinner und Weber in Manchester empört über die Unterdrückung durch besonders rücksichtslose Unternehmer. Wie früher wandten sie sich gegen die hohen Lebenshaltungskosten. Aber für sie gab es gerade in bezug auf die Senkung der Lebensmittelpreise schon viel bestimmtere Forderungen: z. B. die Beseitigung der Kornzölle. Ihre Bewegung war schon vorwiegend politisch; hatten sie doch schon 1831 das Stimmrecht bekommen. Politische Führer wie CONBETT standen für sie im Vordergrund des Interesses. Diejenigen, die in den 40er Jahren die Maschinen zerstörten, waren eng verbunden mit der Chartisten-Bewegung; eine rein politische Unternehmung. Der Kampf der Aufständischen war ein Kampf gegen den Kapitalismus als System, nicht gegen die Verwendung von Maschinen.

Auch eine Methode des Direktorenabbaus.

Aus Frankfurt wird berichtet: Dem dortigen Zoologischen Garten war ein Löwe entlaufen. Tagelanges Suchen blieb vergeblich. Eines Morgens rief der Portier des Verwaltungsgebäudes der I. G. Farben-Industrie (des größten Verwaltungsgebäudes in Europa) bei der Direktion des Zoologischen Gartens an und teilte mit, der Löwe sei soeben in Zimmer Nr. 1526 entdeckt worden. Man habe um die erforderlichen Wärter, um ihn abzuholen. Der Löwe hätte inzwischen fünf Direktoren aufgefressen, was man eben erst gemerkt hätte.

Japanischer Wirtschafts-imperialismus.

Zu dem gestern unter dieser Überschrift veröffentlichten Aufsatz erfahren wir soeben, daß in der Fachzeitschrift der amerikanischen Schwerindustrie („The Iron Age“ Nr. 7) ein Artikel erschienen ist: „Japans Schwerindustrie liefert den Schlüssel für die Erklärung des Angriffs auf die Mandchurei.“ In diesem Artikel wird als Hauptanlaß für die japanische Aktion in der Mandchurei — außer den bereits vorhandenen japanischen Kapitalanlagen in diesem Gebiet — bezeichnet, daß in der Mandchurei reiche Erz- und Kohlenvorkommen sind, die für die japanische Stahlindustrie von großem Wert seien. — Die amerikanische Konkurrenz wird wohl richtig unterrichtet sein!

Internationale Konkurrenz in der Schifffahrt.

Die United States Lines, eine amerikanische Schifffahrtsgesellschaft, haben beschlossen, ihre Passagier-Tarife für den Verkehr über den Atlantischen Ozean um 20 Prozent herabzusetzen. Vermutlich werden die übrigen Reedereien, nachdem dieser Außenseiter vorangegangen ist, nicht umhin können, ihre Tarife auch um 20 Prozent zu senken. — Das wird natürlich nicht ohne große Klagen und neue Subventionswünsche abgehen!

SCHWEDEN

Reichsbank: Der Ausweis der schwedischen Reichsbank zeigt ein normales Bild. Der Notenumlauf ist nur unwesentlich gestiegen.

Bankenstützung: Die Skandinaviska Kredit A. B., die mit dem KREUGER-Konzern verbundene Großbank, soll nunmehr durch drei Maßnahmen gestützt werden: Der Staat gibt ein Darlehen von 100 Millionen Kronen, er übernimmt ferner aus dem Besitz der Bank Werte in Höhe von 100 bis 120 Millionen Kronen. Ferner stellen die übrigen Banken zusammen 40 bis 50 Millionen Kronen zur Verfügung. Insgesamt wird also fast eine Viertel Milliarde Kronen (rund 200 Millionen Mark) zur Stützung aufgewandt.

Börse: Die eben erwähnten Stützungsmaßnahmen haben dazu geführt, daß viele Börsenkurse wieder stiegen. Am stärksten stiegen ERICSSON-Aktien; von 6½ auf 15 bis 16 Kronen (demnach Börsengang nach KREUGER).

ITALIEN

Eine neue Subventionsmethode: Infolge des Tiefstandes der Seidenpreise ist die Seidenraupenzucht nicht rentabel. Die italienischen Sparkassen haben 1 Million Lire zur Verfügung gestellt (rund 200 000 Mark), die als Lotteriegewinne an 400 Seidenzüchter verteilt werden sollen. Jeder Züchter erhält für jede halbe Unze Seidensamen ein Freilos.

Zur Geschichte der Maschinenstürmer.

Von Gerhard Kumbelen.

Hiermit wird die Reihe der Beispiele für Aufstände sogenannter Maschinenstürmer abgeschlossen. Bisher wurde an drei Beispielen gezeigt, daß die englischen Maschinenstürmer keineswegs, wie meist angenommen wird, allgemein darauf ausgingen, Maschinen zu zerstören, durch deren Einführung sie ihre Arbeit verloren hätten.

Die Dreschmaschine.

Schwieriger ist die Untersuchung im Falle des Landarbeitersaufstandes von 1830. Die Feststellung der Tatsachen ist hier besonders erschwert dadurch, daß bei den Gerichtsverhandlungen, die sich an die Aufstände anschlossen und auf Grund deren 9 Personen gehängt, 437 Personen deportiert und weitere 400 mit Gefängnis bestraft wurden (obgleich niemand bei dem Aufstand verwundet oder getötet wurde!). Auch Fragen über die Beweggründe der Aufständischen wurden überhaupt nicht zugelassen.

So viel ist aber jedenfalls bekannt, daß viele, erst kürzlich eingeführte Dreschmaschinen zerstört wurden. Die Einführung von Dreschmaschinen aber bedeutet, wie wir wissen, die Freisetzung einer großen Zahl von Dreschern. Man könnte also geneigt sein, anzunehmen, daß hier wirklich Maschinen zerstört wurden, weil sie Arbeiter überflüssig machten. Dagegen spricht nun aber Verschiedenes.

Erstens erhielten unter dem damals üblichen System fast alle Landarbeiter so niedrige Löhne, daß sie nicht zum Leben genug hatten, so daß es Brauch geworden war, die Löhne durch Zahlungen aus der Armenkasse auf das Existenzminimum zu bringen. Wer ganz arbeitslos war, wurde überhaupt aus der Armenkasse unterhalten. Ein großer Unterschied kann daher für die Landarbeiter nicht bestanden haben, ob sie nun Arbeit hatten oder nicht, weder in bezug auf ihr Einkommen noch in bezug auf die Achtung der Menschenwürde in ihnen. Die Einführung der Dreschmaschinen kann daher für sie nicht sehr viel bedeutet haben.

Zweitens waren unter den Aufständischen und besonders unter ihren Führern, die auch die Anordnung zur Zerstörung der Maschinen gaben, sehr viele Kleinhändler und Gewerbetreibende, die von der Einführung der Maschinen direkt gar nicht betroffen wurden.

Drittens hat sich ergeben, daß im allgemeinen die aufständischen Landarbeiter von den Bauern selbst dazu angehalten wurden, deren eigene Dreschmaschinen zu zerstören! Dies hängt damit zusammen, daß die Bauern von den Grundherren, deren Pächter sie waren, und den Pfarrern, an die

Die einzigen Textilarbeiter, die in jener Zeit noch durch die Maschinen aus ihren Arbeitsplätzen verdrängt wurden, waren die Handweber, die in der Heimindustrie auf den Dörfern saßen. Aber diese nahmen weder an den früheren noch an den jetzigen Zerstörungen von Maschinen teil! Gerade sie hätten die Träger der Bewegung sein müssen, wenn es eine Bewegung der durch die Maschinen Verdrängten gewesen wäre. Aber sie hielten sich von den Aufständen fern: Soweit sie nicht in die städtischen Industrien oder in den Kohlenbergbau abwanderten, starben sie in ihren Dörfern im stillen des Hungers.

Aus all dem ergibt sich:

Die Maschinenstürmer in England wandten sich im allgemeinen nicht gegen die Einführung der Maschinen als Produktionsmittel, sondern gegen die Verwendung der Maschinen als Ausbeutungsmittel. Ihr Kampf war also ein besonderer Abschnitt aus dem Klassenkampf des Proletariats gegen den Kapitalismus. Vielleicht war die Zerstörung von Maschinen kein besonders geschicktes Mittel in diesem Kampfe; aber die Rückkehr zur Handarbeit und auf diesem Wege eine Beseitigung von Arbeitslosigkeit haben diese Aufständischen von jener Zerstörung nicht erhofft.

Damit soll nichts über ähnliche Vorkommnisse in anderen Ländern gesagt werden; doch sollte das hier gewonnene Ergebnis uns zum mindesten veranlassen, auch die Beweggründe anderer Maschinenstürmer noch genauer an der Hand der Quellen zu prüfen.

Wichtig ist unser Ergebnis für unsere Auffassung über das Verhältnis der Arbeiterschaft zu den Maschinen. Solange die kapitalistische Konkurrenzwirtschaft noch nicht durch die kapitalistische Monopolwirtschaft abgelöst war, bedeutete die Einführung von Maschinen eine Preissenkung, also eine Ausdehnung der Märkte und somit ein Wachstum der Zahl der in der Industrie Beschäftigten. So war die Lage im ganzen 19. Jahrhundert. — Gegen diese Auffassung wird immer wieder die Tatsache geltend gemacht, daß es Maschinenstürmer gab. Eine Untersuchung über die Beweggründe der englischen Maschinenstürmer hat uns gelehrt, daß jedenfalls in England im allgemeinen die Zerstörung von Maschinen nicht dagegen spricht, daß im 19. Jahrhundert durch die Einführung von Maschinen (durch Rationalisierung) mehr Menschen in die Industrie aufgesaugt als durch Maschinen freigesetzt wurden. Durch diese Richtigstellung ist ein Schritt getan worden zu einer klareren Erkenntnis der Folgen, die die Ausbreitung der gebundenen Wirtschaft an Stelle der Konkurrenzwirtschaft des 18. Jahrhunderts für die Arbeiterschaft gehabt hat.